

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 20. Dezember 1955

Blatt 2378

Die Beratungen des Voranschlages 1956 der Bundeshauptstadt

Geschäftsgruppe XI: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

20. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Marek setzte der Wiener Gemeinderat heute vormittag die Budgetberatungen und die Debatte über die Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fort.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) führte aus: Im ordentlichen und ausserordentlichen Voranschlag 1956 sind für das 11. Hauptstück insgesamt 146,711.700 S vorgesehen, gegenüber dem Ansatz im Jahre 1955 mit 120,979.700 S.

Die Grunderwerbungen wurden im Jahre 1955 erstmalig von der Magistratsabteilung 65 durchgeführt. Die im Budget 1955 vorgesehenen Kredite wurden auf 60 Millionen erhöht, die voraussichtlich restlos verbraucht werden.

Für das kommende Jahr ist für die Liegenschaftserwerbungen ein Betrag von 50 Millionen gegenüber 30 Millionen im laufenden Jahr vorgesehen.

Der Erwerbzzweck der angekauften Gründe ist vielseitig. In erster Linie werden die Gründe für die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten und für Siedlungen benötigt. Außerdem brauchen wir aber auch Gründe für die Erweiterung der Friedhöfe, für die Wasserwerke, für Markt-, Sport- und Grünanlagen, für Schulen, für Beseitigung von Verkehrshindernissen und für Straßen und Plätze.

Leider ist das von den Städten gewünschte Grundbeschaffungsgesetz vom Parlament nicht beschlossen worden, wodurch unter anderem die Durchführung der so notwendigen Assanierung bestimmter Wohngebiete mit besonders schlechtem Bauzustand wesentlich

./.

erschwert wird.

Nach dem Abzug der Alliierten befürchteten wir ein Ansteigen der Grundpreise. Unfreulicherweise kann berichtet werden, daß das nicht in dem Umfange eingetreten ist, wie befürchtet wurde.

Im Jahre 1954 wurden insgesamt 170.000 Quadratmeter erworben, im Jahre 1955 hat sich das Ausmaß auf 1,3 Millionen Quadratmeter gesteigert. Die Steigerung beträgt 66 Prozent. Durchgeführt wurden 360 Grundtransaktionen, also täglich eine. Erwähnenswert sind die Grunderwerbungen, die mit den genehmigten Assanierungsgebieten in "Alt-Erdberg", "Alt-Ottakring" und "Lichtental" im Zusammenhang stehen.

Schwierige Grunderwerbsverhandlungen mußten im Zusammenhang mit der Opernpassage durchgeführt werden. Bezüglich der Meinel-Ecke mußte eine Grundfläche von rund 50 Quadratmetern in wertvollster Lage für das öffentliche Gut erworben werden, wobei die Stadt Wien schwere finanzielle Verpflichtungen auf sich nehmen mußte. An der Ecke "Opernring-Hof" konnte die Regelung durch eine Servitutbestellung gegen ein Entgelt von einer Million Schilling erfolgen. Bezüglich der sogenannten Sirk-Ecke sind noch Verhandlungen im Zuge.

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen wären hervorzuheben: Die Erwerbung einer Grundfläche von 28.800 Quadratmetern an der Klosterneuburger Straße und an der Brigittenufer Lände im 20. Bezirk um 3 Millionen Schilling zur Arrondierung des benachbarten städtischen Grundbesitzes und zur Bebauung des ganzen Grundkomplexes im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes.

Die Erwerbung des sogenannten Aronbergbesitzes in Hacking im 13. Bezirk im Ausmaße von 43.850 Quadratmetern um 2,2 Millionen Schilling zur Errichtung eines Jugendgästehauses der Stadt Wien;

die Erwerbung von 48.000 Quadratmetern Grund in Mauer im 23. Bezirk, der sich zur Errichtung einer kleinen Gartenstadt eignet um 1,2 Millionen Schilling;

die Erwerbung von 22.000 Quadratmetern Baugrund an der Prager Straße im 21. Bezirk um 1,1 Millionen Schilling von Mautner-Markhof.

Nach der räumlichen Lage liegen die meisten Grunderwerbungen im 21., 22., 23., 19. und 11. Bezirk.

Die Anzahl der von der Stadt Wien zu führenden Prozesse ist

im Berichtsjahre wesentlich zurückgegangen.

Bei den Aktiv-Prozessen handelt es sich vornehmlich um Kündigungen und Räumungen zwecks Durchführung des Wohnbauprogramms.

Die besonderen Rechtsfälle mit Anwaltszwang sind um 50 Prozent zurückgegangen; darin zeigt sich eine Normalisierung der Verhältnisse.

Rückstellungssachen sind weiterhin angefallen, und zwar durch das 3. Rückstellungsanspruchsgesetz, wodurch insbesondere für die religiösen Körperschaften und Stiftungen die Möglichkeit gegeben wurde, Rückstellungsansprüche geltend zu machen. Sie werden **zumeist** vergleichsweise geregelt.

Neue Aufgaben werden der Zivilrechtsabteilung aus der Lösung von Rechtsfragen erwachsen, die mit dem Staatsvertrag im Zusammenhang stehen.

Bei der Feuerwehr haben wir für 1955 Gesamtausgaben von 59,8 Millionen Schilling angesetzt. Für das Jahr 1956 sind 60,6 Millionen vorgesehen. Der Sachaufwand ist gleich geblieben, doch sind höhere Kosten beim Personal entstanden. Für die Kriegsschadenbehebung ist ein Betrag von 1,650.000 Schilling präliminiert. Die Hauptfeuerwache Am Hof und die Wache Ottakring sind fertiggestellt. Für den letzten Wiederaufbau ist eine Hauptfeuerwache in Döbling vorgesehen, die insgesamt zehn Millionen kosten wird. Für das nächste Jahr sind 1,5 Millionen dafür veranschlagt. Die Feuerwache auf dem Stephansturm wird mit Jahresende aufgelassen, da ihr praktischer Wert überholt ist und für die Pflege der Tradition die Ausgaben doch zu hoch sind.

In der Zeit vom 1. November 1954 bis 31. Oktober 1955 mußte die Feuerwehr zu insgesamt 1.016 Bränden ausrücken, darunter waren erfreulicherweise nur zwei Großbrände. Ferner gab es 4.204 Hilfs- und Arbeitsleistungen und 184 Fehlanzeigen, sodaß die Gesamtzahl der Ausrückungen 5.404 beträgt. Im Vorjahr waren es 6.077 Ausrückungen.

Die UKW-Anlage ist fertiggestellt und besteht aus einer Sendestation sowie neun fahrbaren Sende- und Empfangsstationen. Die **Modernisierung** der Geräte und Anlagen wird im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

Der Referent dankte bei dieser Gelegenheit allen Angehörigen der Feuerwehr für ihre Einsatzbereitschaft, besonders bei dem Brand im Hotel Bristol und bei der Flugzeugkatastrophe am Kahlenberg. (Allgemeiner Beifall.)

In der Magistratsabteilung 62 sind für die Durchführung der Wahlen für 1956 700.000 Schilling als Teilkosten der nächsten Nationalratswahlen vorgesehen. Im Vorjahr bestanden 502 öffentliche Verwalter und Aufsichtspersonen. Im Laufe des Jahres ist die Zahl auf 350 gesunken.

Die Tätigkeit der Registrierungsstelle wird immer geringer, sie erfaßt auf Grund der bestehenden Gesetze 7.103 Belastete. 310 Nachsichtsgesuche wurden aufrecht erledigt.

Das ablaufende Jahr 1955 brachte im Gewerbewesen einige Neuerungen, und zwar: Eine Verschärfung des Befähigungsnachweises bei Ausübung der Realitätenvermittlung und Gebäudeverwaltung, ein neues Bäckerarbeitsgesetz, die Einführung des Befähigungsnachweises für bestimmte Gast- und Schankgewerbe und die Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnung, durch die der Beruf der Wirtschaftstreuhänder nicht mehr den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegt.

Auch in diesem Jahr hat die Gewerberechtsnovelle 1952 und das Handelskammerunterstützungsgesetz vom Jahre 1953 das Fortschreiten der Konsolidierung der gewerblichen Wirtschaft bewirkt. Diese Tatsache wird durch folgende Gegenüberstellung bestätigt.

In der Zeit vom 1. November 1953 bis 31. Oktober 1954 sind 17.203 Gewerbeberechtigungen zurückgelegt worden oder erloschen. In der Zeit vom 1. November 1954 bis 31. Oktober 1955 wurden nur 5.913 Gewerbeberechtigungen zurückgelegt, also um 11.290 weniger als ein Jahr zuvor.

Die Anmeldungen in der Zeit vom November 1954 bis 31. Oktober 1955 betragen 7.763; unter Berücksichtigung der bereits erwähnten 5.913 Rücklegungen ergibt sich in diesem Zeitraum ein Zuwachs von 1.850 Gewerbe- und Konzessionsberechtigungen, während im Vorjahr die Zahl der Gewerberücklegungen die Zahl der Gewerbeanmeldungen und Konzessionsverleihungen um 9.440 überstiegen hat.

Es hat sich somit im Berichtsjahr die Verminderung der Berechtigungen um 9.440 in eine Vermehrung um 1.850 gewandelt.

Im Zusammenhang mit der Wiedererstehung der Republik Österreich mußte auch die Staatszugehörigkeit vieler in Wien lebender

Menschen neu geregelt werden.

In diesen zehn Jahren nach dem Jahre 1945 konnten 86.795 Staatsbürgerschaftsverleihungen und Staatsbürgerschaftserklärungen aufrecht erledigt werden.

Mit den Familienangehörigen, auf die sich diese Verleihungen und Erklärungen miterstreckt haben, ergibt dies einen Zuwachs von 147.550 neuen Staatsbürgern, das sind neun Prozent der Gesamtbevölkerung Wiens.

Vom 1. Jänner 1955 bis 30. November 1955 wurden 4.007 derartige Ansuchen positiv erledigt. Von diesen Erledigungen sind 2.306 Staatsbürgerschaftserklärungen von Volksdeutschen und zwar nach dem Gesetz vom Jahre 1954 über den Erwerb der Staatsbürgerschaft für Volksdeutsche. Diese Aktion zugunsten der Volksdeutschen ist bekanntlich zeitlich befristet. Die Frist für die Abgabe der Erklärungen läuft am 31. Dezember ab, wird aber voraussichtlich noch in diesem Jahre vom Parlament bis 30. Juni 1956 verlängert werden.

Von der Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung haben 6.167 Personen seit dem 6. August 1954 bis zum 30. November 1955 Gebrauch gemacht. Davon wurden schon 5.135, also 84 Prozent, positiv erledigt. 380 wurden, da sie den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen, negativ erledigt, das sind also nur sechs Prozent. 81 Erklärungen wurden an andere Landesregierungen abgetreten, sodaß 571 noch in Behandlung stehen. Insgesamt sind daher über 90 Prozent der Ansuchen schon erledigt.

Ungewöhnlich stark wurde in diesem Jahr die Magistratsabteilung 61 durch die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen in Anspruch genommen. Auf Grund verschiedener Erlässe des Innenministeriums ist für die Ausstellung von Reisepässen und für andere Zwecke der Heimatrollenauszug nicht mehr ausreichend, sondern das Publikum muß sich dafür formelle Staatsbürgerschaftsnachweise besorgen. Solche Staatsbürgerschaftsnachweise hatte früher fast kein österreichischer Staatsbürger. Dies hat zu einer überaus starken Belastung dieses Amtes geführt. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1953 wurden 58.000 in den ersten 11 Monaten des Jahres 1954 64.000 und im Jahre 1955 bis Ende November 118.000 Staatsbürgerschaftsdokumente ausgestellt.

Nach den Unterlagen der Magistratsabteilung für Statistik betrug der Bevölkerungsstand am 1. Jänner 1955 1,608.116 und am 31. Oktober 1955 1,616.139 Personen. Das ergibt eine Zunahme von 8.023 Personen. Durch diese Tatsache scheint die in den letzten Jahren bestehende Stagnation des Standes der Wiener Bevölkerung überwunden zu sein. Zurückzuführen ist diese Entwicklung in erster Linie auf einen höheren Wanderungsgewinn, auf eine erhöhte Anzahl der Geburten und auf eine geringere Zahl der Verstorbenen. In den ersten zehn Monaten 1955 wurden in Wien 9.900 Kinder geboren. Im Jahre 1955 ist daher mit einer Geburtenzahl von 11.800 zu rechnen. Während im Jahre 1954 nur 11.216 in demselben Gebiete, also Wien mit 23 Bezirken, geboren wurden. Das ergibt eine Steigerung von fünf Prozent.

Gestorben sind in den ersten zehn Monaten des Jahres 1955 19.229, während im Vorjahr im gleichen Zeitraum 19.684 verstorben sind.

Die Säuglingssterblichkeit hat sich auch in diesem Jahre nicht geändert. Von 1.000 Lebendgeborenen sind 43 gestorben.

Bei der Besprechung der Abteilung für Verkehrsrechtsangelegenheiten teilte der Referent mit, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge innerhalb des letzten Jahres um 25 Prozent gestiegen ist. Sie betrug am 1. Oktober 127.561 Fahrzeuge. Die größte Steigerung ist bei den Personautos zu verzeichnen; sie beträgt 44 Prozent. In den ersten zehn Monaten 1954 ereigneten sich in Wien 15.975 Verkehrsunfälle, bei denen 9.043 Personen verletzt oder getötet wurden. Im gleichen Zeitraum 1955 wurden 19.838 Unfälle gezählt, bei denen 9.569 Personen zu Schaden kamen.

Bei den Veröffentlichungen sind die Einnahmen mit 1,3 Millionen, die Ausgaben mit 1,1 Millionen ohne Personalkosten angesetzt. Die Zahl der Abonnenten des Amtsblattes hat sich wieder vermehrt. Der amtliche Wohnungstauschanzeiger findet bei der Bevölkerung großes Interesse. Der Bilderdienst versorgt Zeitungen und Zeitschriften mit Bildmaterial und betreut 50 Bilderkasten, die sich bei der Bevölkerung wirklicher Beliebtheit erfreuen.

Die stenographischen Protokolle der Sitzungen des Landtages und Gemeinderates sind erfreulicherweise ohne Rückstand. Stadt-

rat Afritsch ersuchte jedoch die Gemeinderäte, ihre durchgesehenen Reden rasch rückzusenden.

Über die Präsidialausgaben berichtete der Referent, daß für das kommende Jahr 1,090.000 Schilling angesetzt sind. 1955 gab es 64 Empfänge, darunter einige sehr bedeutsame, die im Festsaal des Rathauses stattfanden, wie der IV. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, die 9. Generalversammlung der Weltorganisation und der 27. Internationale PEN-Kongreß. Die Beteiligung an den Kongressen und Tagungen wird immer größer. Hervorzuheben ist auch die Teilnahme der Oststaaten an vielen dieser Veranstaltungen.

Geschichtliche Bedeutung für unsere Stadt hatte: der Empfang anlässlich der Verabschiedung der vier Stadtkommandanten am 3. September und die große Befreiungsfeier am 22. Oktober, an der hunderttausende Wiener teilgenommen haben.

Eine besondere Auszeichnung für Wien war der offizielle Besuch des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru und des Regierungspräsidenten von Luxemburg Dr. Josef Bech.

Für das Jahr 1956 sind bereits 12 große Internationale Kongresse angekündigt, die zwei größten werden sein die Weltkraftkonferenz 1956 und der 23. Internationale Kongreß für Wohnungswesen und Städtebau 1956.

Außer den Empfängen wurden 55 Gruppen ausländischer und inländischer Sportler, Techniker und Studenten im Rathaus vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter begrüßt. An die Gäste Wiens wurden 9.200 Bücher über Wien verteilt. Unser Rathaus wurde von 28.807 Personen besucht.

Im Jahre 1955 hat der Präsidialdienst die Eröffnung von fünf Brücken, 23 Wohnhausanlagen, des Ringturmes der Städtischen Versicherung, von Kindergärten und Schulen, des Theresienbades und des Volksheimes in der Per Albin Hansson-Siedlung organisiert.

An Ehrungen gab es: Vier Renner-Preisträger, zwei Ehrenmedaillen, drei Sportehrenzeichen, die Ehrenbürgerurkunde an Vizekanzler Dr. Schärf, drei Ehrenringe, zwei Jugendbuchpreise, 36 Ehrenzeichen für Wiener Feuerwehr- und Rettungsmänner, zehn Preise der Stadt Wien und viele Preise anlässlich des Wettbewerbes "Wien im Blumenschmuck". Ferner wurden 42 Hausgehilfinnen

und 904 Goldene, Diamantene, Eiserne und Steinerne Jubelpaare geehrt.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, sagte der Referent, daß die Bezirksvertretungen nach den Wahlen im Vorjahre im Anfang des Jahres konstituiert waren und die Kompetenz der Geschäfte der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher wurde neu festgelegt. Ebenso wurde vom Gemeinderat die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen beschlossen. Damit sind alle offenstehenden Fragen der Bezirksverwaltung gelöst und die Bezirksvertretungen können nun gestützt auf diese neue Grundlage ihre Tätigkeit ausüben.

Abschließend dankte der Referent allen seinen Mitarbeitern, besonders den Angehörigen der Feuerwehr der Stadt Wien. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Hausner (VO) stellt fest, daß die Tätigkeit der Bezirksvertretungen vielfach nicht nach der Verfassung der Stadt Wien gehandhabt wird. Laut Verfassung hätten die Bezirksvertretungen das Recht, über die Bedürfnisse ihres Bezirkes einen Voranschlag zu erstellen, diesen 14 Tage zur öffentlichen Einsicht aufzulegen und ihn dann vier Monate vor der Budgetberatung dem Bürgermeister zu übermitteln. Auch innerhalb der Bezirksvertretungen dürfte den Mandataren ihr Recht nicht geschmälert werden, wie es in Einzelfällen leider vorgekommen ist. Der Redner begrüßt die Zahl der Einbürgerungen und erklärt, daß man aber auch jene Menschen, die nach dem Februar 1934 als Kämpfer für ein freies Österreich ausgebürgert wurden, darüber nicht vergessen dürfe. Man müßte sich bemühen, ihnen allen so rasch wie möglich wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zu geben.

Großes Augenmerk müßte auch der Randgemeindenfrage zugewendet werden. Man müßte den Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung dieser Gebiete respektieren und eine Möglichkeit schaffen, sie wieder Wien anzugliedern. Die sozialistische Fraktion habe die Möglichkeit, einen diesbezüglichen Verfassungsbeschluß im Parlament zu beantragen.

Auch der Frage der Bodenbeschaffung müsse größeres Augenmerk beigemessen werden. Die dringend notwendige Assanierung

der Randgebiete kann nur mit Hilfe der Gemeinde geschehen. Dazu aber müsse die Stadtverwaltung trachten, in diesen Gebieten die nötigen Grundflächen zu erwerben. Damit wäre auch der Bodenspekulation ein Riegel vorgeschoben.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien fordert der Redner eine Vermehrung des Personals um rund 200 Personen, eine bessere Einstufung in die Gruppe der Facharbeiter, Schaffung eines Schemas, das es ermöglicht, bei einer Pensionierung nach 30jähriger Dienstzeit in den Genuß der vollen Pension zu kommen, mehr Berücksichtigung der Berufskrankheiten und Beistellung von Straßenbahnkarten, da die Feuerwehrleute durch den Wechseldienst keine Wochenkarten benützen können. Auch der Fuhrpark der Feuerwehr sei unzureichend. Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß wohl eine Reihe von Fragen dieser Verwaltungsgruppe gelöst wurde, daß aber auch noch eine große Zahl einer Lösung harret. Seine Fraktion werde daher den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI nicht die Zustimmung geben.

GR. Schwaiger (ÖVP) bezweifelt den Wert der Budgetberatungen, da seit Jahren während der Verhandlungen keinerlei Abänderungen der Ansätze vorgenommen wurden. Er übt auch Kritik an der Behandlung der verschiedenen Landesgesetze, die nicht immer vom zuständigen Stadtrat referiert werden, wie zum Beispiel das vor kurzem vorliegende Gesetz über Kanaleinmündungsgebühren, das in die Gruppe des Stadtrates Lakowitsch fällt, erstaunlicherweise aber von Stadtrat Afritsch vorgelegt wurde. Dieselbe Tendenz sei auch in den Ausschüssen zu bemerken, wo vielfach ganz unwichtige Dinge behandelt, größere Sachen aber nicht vorgelegt werden. So werden zum Beispiel Anstellungen vom Personalstadtrat entschieden, Stufenvorrückungen und dergleichen gehen aber durch den zuständigen Ausschuß, Stadtsenat usw. Dasselbe gilt u.a. auch für die Vergebung der Wohnungen und für Staatsbürgerschaftsverleihungen. Hier muß dringend eine Änderung gefordert werden. GR. Schwaiger verwahrte sich sodann gegen die während der Kulturdebatte von GR. Liwanec gemachten Äußerungen und bezeichnete sie als persönliche Beleidigung des GR. Schlegel, eines hochverdienten Mannes. Die Ansätze für Repräsentation bezeichnet der Redner wohl als lobenswert sparsam, aber als zu gering, um das Antlitz und die Würde Wiens zu wahren. ./.

Er bezeichnet es auch als verfehlt, daß man zum Beispiel für die Teilnehmer an der Verkehrsenquete, die sich acht bis zehn Tage hier geplagt haben, nur einen Stehempfang gegeben hat.

Der Redner meint, daß das Amtsblatt und das Handbuch der Stadt Wien zu einen Annoncen-Friedhof geworden sind. Man wisse auch, wie diese Annoncen zustande kommen und man müßte auch hier Abhilfe schaffen. Er dankt dem Stenographendienst und stellt mit Genugtuung fest, daß das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 11. November bereits ausgefolgt wurde. Das ist umso erfreulicher, da wir alle wissen, welche Schwierigkeiten es auf diesem Gebiete gegeben hat. Er stellt fest, daß der Stenographendienst heute tadellos funktioniert.

Zu den Ausführungen des Stadtrates Thaller über familiengerechte Wohnungen fordert GR. Schwaiger, daß solche Wohnungen zu den geringsten Zinsen abgegeben werden. Zur Äußerung der Gemeinderätin Peschl über die soziale Indikation erinnert er an die Jahre 1938 bis 1945, in denen es nur wenige Achtung vor den Lebenden gab. In dieser Zeit wurden tausende Menschen in unseren Pflegeanstalten gemordet. Aus Ehrfurcht vor dem Leben könne er den Ansichten der Sozialisten über die soziale Indikation nicht beipflichten.

Abschließend bezeichnete er die Wiener Feuerwehr als Stolz des Amtsführenden Stadtrates, der Wiener Stadtverwaltung und der gesamten Wiener Bevölkerung. Wir freuen uns alle, daß die Zahl der Ausfahrten immer geringer wird. Es tut uns aber leid, daß nun der Türmer von St. Stephan kassiert werden wird, denn er ist noch ein Stück vom alten Wien.

Seine Fraktion wird den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI zustimmen. (Beifall.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) nahm zu einer Äußerung seines Vorredners Stellung, in der GR. Liwanec zum Vorwurf gemacht wurde, er hätte den Bundeskanzler des Antisemitismus bezichtigt. GR. Fürstenhofer erklärt, daß im Protokoll eine solche Äußerung nicht enthalten ist und daß GR. Liwanec lediglich von der Zeitung des Bundeskanzlers sprach, was doch ein großer Unterschied ist.

Er empfiehlt seinem Vorredner, er solle seine Aufmerksamkeit, wenn er über Personalfragen spricht, einmal auch auf das Land Niederösterreich lenken. Er werde nicht beweisen können, daß dort der Finanzreferent von seinem Budget abrücken könne. In Nieder-

österreich führen die Sozialisten berechtigte Klagen darüber, daß ihre gemeinnützigen Bestrebungen in keiner Weise vom Finanzreferenten beachtet werden.

Der Redner setzt sich dann mit den Bemerkungen seines Vorredners über die Sparsamkeit bei den Empfängen der Wiener Stadtverwaltung auseinander. Er verweist auf die große Zahl von Kongressen in der Bundeshauptstadt und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich die ausländischen Gäste bei uns wohlfühlen. Er führt eine Reihe von aner kennenden Äußerungen namhafter ausländischer Persönlichkeiten an. Er ist der Überzeugung, daß man alles daran setzen sollte, damit das morgige Wien, das Wien von Europa werde. (Beifall bei der SPÖ.) Wien muß einmal auch auf dem gesellschaftlichen Gebiet die Metropole eines vereinigten Europas bleiben.

Zum Kapitel Randgebiete erklärt er, man müste sich um eine Ordnung in der Gesetzgebung bemühen. Das gilt auch in der Angelegenheit der Bodenverwertung, die in neue Formen gegossen werden müßte. Unter den gegenwärtigen Zuständen sind wir nicht mehr in der Lage, den Spekulationen im Wald- und Wiesengürtel Einhalt zu gebieten. Er appellierte an alle, der Gefährdung des Wald- und Wiesengürtels energisch entgegenzuwirken. Vom Bund wird man ebenso energisch das Bodenbeschaffungsgesetz fordern müssen, wenn unser ehrlicher sozialer Wille sich durchsetzen soll. Die ÖVP möge dabei nicht von volksdemokratischen Methoden sprechen. Auch in den Vereinigten Staaten werden Enteignungen zu Gunsten der Allgemeinheit strikt durchgeführt, wenn es um Schleifung alter Wohnviertel oder um Schaffung neuer Verkehrsflächen geht.

Zum gemeinnützigen Wohnungsbau erklärt er, daß die zur Verfügung gestellten 60 Millionen im Interesse Wiens gut ausgenützt werden. Die Gemeinde Wien strebt darnach, in jeder Form Baurecht zu erwerben und damit die wichtige Voraussetzung für billige Wohnungen zu schaffen. Der gemeinnützige Wohnungsbau befruchtet auf eine andere Art den sozialen Wohnungsbau.

Den Versuch seines Vorredners, die verbrecherischen Methoden des Nationalsozialismus mit den Anschauungen über die soziale Indikation zu vergleichen, bezeichnet er als bedauerlich und weist ihn unter dem Beifall seiner Fraktion zurück.

Zum Kapitel der öffentlichen Verkehrsangelegenheiten meint

er, man müsse alles daran setzen, um künftig Verkehrsunfälle von Kindern auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Den Zuständen auf den Wiener Straßen müßte man durch entsprechende Maßnahmen bald ein Ende bereiten. Die Sozialisten, sagt er abschließend, wollen sich bemühen, das Wort unseres Bürgermeisters wahr zu machen, nämlich den Schwachen zu helfen und dem Volke zu dienen! (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Afritsch bedauert in seinem Schlußwort, daß sich GR. Schwaiger nur wenig mit den Angelegenheiten seiner Geschäftsgruppe beschäftigte. Es müsse ein Irrtum gewesen sein, daß er von einer Ein-Mann-Demokratie sprach, denn es gibt wohl eine Ein-Mann-Diktatur, nicht aber eine Ein-Mann-Volksherrschaft. Im Bereiche seiner Verwaltungsgruppe werde immer der demokratische Weg gesucht, was nicht als eine diktatorische Methode bezeichnet werden kann.

Zum Vorwurf, die Wiener Stadtverwaltung befleissige sich in der Repräsentation einer zu großen Sparsamkeit, meint er, man dürfe auch in dieser Hinsicht den Bogen nicht überspannen. Er spricht sich für eine sparsame aber dennoch würdige, dem Ansehen unserer Stadt entsprechende Repräsentation aus.

Zur Bemerkung des GR. Schwaigers, daß die Einbürgerungsfälle nicht im Ausschuß behandelt werden, erklärt er, daß in den vergangenen 10 Jahren auf diesem Gebiet abnormale Verhältnisse herrschten. Es wurden 87.000 Einbürgerungen durchgeführt. Diese Arbeit hätte unmöglich weder ein Stadtrat noch ein Ausschuß leisten können. Die Hauptarbeit in der zuständigen Magistratsabteilung ist nun beendet und man hat in Fragen der Einbürgerungen keine Klage vernommen, obwohl Wien viel großzügiger war als andere Bundesländer. Allerdings, sagte Stadtrat Afritsch, mit merklicher Anspielung auf die Fälle Benjamin Schreiber und andere, gab es auch Fälle, die in Wien nicht positiv erledigt wurden. Das geschah dann in Salzburg, in der Steiermark und in anderen Bundesländern. (Beifall bei der SPÖ.) Zu den Ausführungen von GR. Hausner über die Ausbürgerungen meinte er, daß es sich hier in erster Reihe um eine Angelegenheit des Bundes, bezw. der Polizei handelt. Er sagt, daß im vergangenen Jahr einige solche Fälle behandelt wurden, wobei man bemüht war, den betroffenen Menschen zu helfen, ihre Angelegenheiten rasch in Ordnung zu bringen.

Über die Randgemeinden wurde hier sehr oft gesprochen, und

es wurde auch schon gesagt, daß wir immer bereit sind, die ausge-
meindeten Randgemeinden wieder aufzunehmen. Aber dazu brauchen wir
die Beschlüsse des Parlaments und des Niederösterreichischen Land-
tages.

Der Antrag auf Auflösung der Feuerwache auf dem Stephansturm
ist vom Feuerwehrkommando selbst erfolgt. Die Wache würde 100.000
Schilling jährlich kosten. Sollen wir nur der Romantik wegen so-
viel Geld ausgeben? Was die Einreihung der Feuerwehrleute anbe-
langt, so ist diese nicht schlecht. In der Dienstgruppe E sind
nur 25 Angehörige der Feuerwehr, der größte Teil ist in der Dienst-
postengruppe D.

Abschließend ersucht der Referent nochmals, den Ansätzen sei-
ner Verwaltungsgruppe die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des **elften** Hauptstückes
gegen die Stimmen der VO angenommen.

- - -

Bilanz und Bedeckung

=====

20. Dezember (RK) Über Bilanz und Bedeckung referierte Stadtrat Resch (SPÖ.) Nach Genehmigung der Ansätze der einzelnen Verwaltungsgruppen durch den Wiener Gemeinderat, so führte er aus, habe er nunmehr die Aufgabe, die Anträge des Magistrates zur Bilanz des Voranschlages und zur Bedeckung des Gebarungabganges dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Der Referent stellte folgende Anträge:

Der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien wird in seinem ordentlichen Teil mit Einnahmen von 3.433,931.100 Schilling und Ausgaben von 3.526.703.100 und im außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 32,472.800 und Ausgaben von 69,300.000 Schilling genehmigt.

Der Gebarungabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen, hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes, bezw. Teilansatzes oder 5.000 S übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperrn, als die Kassenlage es erfordert.

Abschließend dankte Stadtrat Resch seinen engeren Mitarbeitern, die ihm bei der Erstellung des Voranschlages unterstützt haben. Er hob besonders hervor: Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Kontrollamtsdirektor Dr. Lachs, Obersenatsrat Dr. Parville, Obersenatsrat Dr. Gall, die Beamten der Magistratsabteilung 5 mit ihrem

Leiter Senatsrat Dr. Binder und besonders Amtsrat Riedl, Rechnungsamtsdirektor Giller und die Angestellten seines Büros. (Allgemeiner Beifall.)

GR. Dr. Soswinski (VO) führt aus, wie alljährlich habe Stadtrat Resch unter den Anträgen zu Bilanz und Bedeckung auch den Antrag gestellt, den Amtsführenden Stadtrat für Finanzwesen zu ermächtigen, Ausgabenansätze so weit zu sperren, als die Kassenlage es erfordert. Und jedes Jahr weist die Fraktion der VO daraufhin, eine solche Bestimmung sei überflüssig, da die Kassenlage seit Jahren günstig ist. Er habe auch wiederholt darauf hingewiesen, daß ein solches schlechters Beispiel Schule macht.

Der Redner nimmt auch dagegen Stellung, daß man ein Budget von mehr als drei Milliarden Schilling in fünf Tagen durchpeitscht. Diese Art der Behandlung hat natürlich seine Folgen. Die Galerie ist fast leer. Man wird sich den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie man die Öffentlichkeit mehr für die Sitzungen interessieren könne. Der Redner schlägt vor, eine kürzere Sitzungszeit einzuhalten und dafür die Beratungen auf mehrere Tage auszudehnen.

In seinem Schlußwort sagt Stadtrat Resch, auch er müsse mit den Worten "wie alljährlich" anfangen. Wie alljährlich habe er auf die Ausführungen von Dr. Soswinski zu sagen, es ist eine Selbstverständlichkeit, dem Finanzreferenten das Recht zu geben, dann Ausgaben zu sperren, wenn es die Kassenlage erfordert. Aber um das alleinige Budgetrecht des Gemeinderates hervorzuheben, werde eben eigens der Antrag gestellt.

Es ist auch nicht nur der Wunsch der VO allein, die Öffentlichkeit mehr für die Budgetdebatte zu interessieren. Aber solche komplizierten Verhandlungen finden eben in der Öffentlichkeit wenig Interesse. Stadtrat Resch betonte, er sei jedoch bereit, alles zu versuchen, was dazu führt, das Interesse der Öffentlichkeit zu verstärken.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten gegen die Stimmen der VO angenommen. Damit ist ver Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1956 genehmigt.

Der größte Verkehrsumbau Europas in den letzten JahrenSechsspurig rund um den neuen Praterstern

20. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Bauwesen Thaller nahm heute früh die Inbetriebnahme des Verkehrskreises und der Fußgeherdurchgänge auf dem Praterstern vor. Der Bezirksvorsteher für den 2. Bezirk Hladej begrüßte die zahlreich erschienenen Festgäste, die Stadträte Bauer, Dkfm. Nathschläger und Thaller, eine Reihe von Nationalräten, Bundesräten und Gemeinderäten, die Vertreter des Magistrats, der Städtischen Unternehmungen, der Bundespolizei und der am Bau beschäftigten Firmen und deren Angehörige. Er dankte der Wiener Stadtverwaltung für den raschen Umbau des Pratersterns. Dieser Verkehrsknotenpunkt, sagte er, ist nicht nur eine Angelegenheit der Leopoldstädter. Der Praterstern wird in seiner heutigen Ausgestaltung auch noch der Stolz kommender Generationen sein.

Stadtrat Thaller bezeichnete die Errichtung des sechsspurigen Fahrbohringes als eine der größten Verkehrsumbauten Europas. Die von der Wiener Stadtverwaltung auf dem nun 12,5 Hektar großen Platz veranlaßten Maßnahmen wurden von den in- und ausländischen Fachleuten anlässlich der 1. Wiener Straßenverkehrsenquête gutgeheißen, was uns mit Genugtuung erfüllt. Der Umbau ist ein Bestandteil des Programmes der Wiener Stadtverwaltung, in dem vorgesehen wird: 1. Die Ausnützung aller organisatorischen und räumlichen Reserven. 2. Der Umbau von Verkehrsflächen und Verkehrsknotenpunkten. 3. Die Neuschaffung von Straßenräumen.

Dem Praterstern kommt in diesem Program als besonderen Knotenpunkt wichtige Bedeutung zu. Vor Baubeginn wurden in jahrelanger Arbeit 70 verschiedene Entwürfe gemacht, bevor sich im Sommer 1954 das Endprojekt herauskristallisiert hat. Der sechsspurige Verkehrskreis, in den sechs Radialstraßen einmünden, ist 18 Meter breit. Quer durch den Verkehrskreis, fünf Meter über der Straßenfläche, wird die neue Bundesbahntrasse verlaufen, deren Hauptpfeiler bereits fertig sind. Der neue Nordbahnhof und die Schnellbahnstation werden sich zwischen der Ausstellungsstraße und der Lassallestraße befinden. Innerhalb des Verkehrskreises wird auch ein wichtiges

Umsteigezentrum zwischen Straßenbahn, Autobus und Schnellbahn errichtet. Unterhalb des Verkehrskreises wurden sieben Fußgängerdurchgänge eingebaut. Sämtliche Arbeiten mußten bei Aufrechterhaltung des Verkehrs durchgeführt werden. Der Stadtrat benützte diese Gelegenheit, um allen Verkehrsteilnehmern für das aufgebrachte Verständnis zu danken.

Unter den wichtigsten Vorarbeiten, die noch vor Beginn der eigentlichen Straßenbauten durchgeführt werden mußten, nannte er den Umbau der Stufenanlage des Tugotthoff-Denkmal, den Kanalumbau, die Wasserrohrneuverlegungen, die Errichtung von neuen Leitungen der Gas- und E-Werke und die Installierungen von 80 neuen Lichtmasten. Die sieben Fußgängerdurchgänge haben eine Länge von 300 Metern. Der bei ihrem Bau durchgeführte Aushub betrug 18.000 Kubikmeter.

Schwierige Arbeit hatten auch die Verkehrsbetriebe zu leisten. 6.700 Meter neue Gleise mit 40 Weichen und 416 Meter provisorische Gleise wurden gelegt und 135 neue Oberleitungsmaste aufgestellt. Demnächst werden die Verkehrsbetriebe drei neue Wartehallen in verschiedener Ausführung errichten. In ihnen werden Diensträume, Vorverkaufsstellen, mehrere Geschäftslokale und öffentliche Telefonsprechstellen untergebracht.

Den größten Anteil an dem Umbau des Pratersterns hatte aber der Straßenbau. Vom gesamten Erdaushub von 73.000 Kubikmetern mußten 45.000 Kubikmeter die Straßenbauer bewältigen. Für die Herstellung der Fahrbahnen und der Gehsteige wurden 400 Waggon Zement, 18.000 Kubikmeter Betonzuschlagstoffe und 5.000 Kubikmeter Kalkschotter verbaut.

Die Gesamtkosten, die für dieses gigantische Straßenbauwerk von der Wiener Stadtverwaltung aufgewendet werden mußten, betragen für den Straßenbau einschließlich Fußgänger-tunnels 22 Millionen Schilling. Die Verkehrsbetriebe haben für den Bau ihrer Anlagen weitere 16,5 Millionen Schilling gebraucht. Dazu kommen noch u.a. die beträchtlichen Umbaukosten der Wasserwerke, Gaswerke und E-Werke, die Aufwendungen für die Fernsprechleitungen der Postverwaltung und der Bundesbahnen.

Rechnet man dazu noch die Anschlußstrecken zum Praterstern, die Ergänzungen am Fußwegenetz, die Abgrabungs- und Planierungsarbeiten für Grünanlagen, dann kommt man auf die gewaltige Summe der Gesamtkosten von nicht weniger als 70 Millionen Schilling.

Stadtrat Thaller sprach dann noch über die Bauarbeiten des kommenden Jahres. So wird ein Parkplatz zwischen Heinestraße und Nordbahnstraße entstehen. Diese beiden Straßen werden bis zur Castellezgasse, bzw. bis zu Am Tabor umgebaut, wobei die Linie C in die Heinestraße verlegt wird.

Stadtrat Thaller dankte allen am Umbau des Pratersterns Beteiligten für ihre Leistungen, insbesondere den Magistratsabteilungen für Straßenbau, für Brücken- und Wasserbau, für Kanalisation, für Öffentliche Beleuchtung, den Wasserwerken und den Wiener Stadtwerken sowie auch allen Baufirmen und deren Arbeitern.

Stadtrat Thaller durchschnitt nach seiner Ansprache das rot-weiße Absperrband. Im nächsten Augenblick schon rollte der Verkehr sechsspurig über die neue Betonfahrbahn rund um den Praterstern.

- - -

Diplomfeier in Lainz

=====

20. Dezember (RK) Gestern nachmittag fand in der Krankenpflegerinnenschule der Stadt Wien in Lainz die Diplomfeier für die Absolventinnen der Schule statt. 47 neue Diplomschwester erhielten ihr Diplom aus der Hand von Vizebürgermeister Weinberger. 16 der **Schwester**n hatten ihre Prüfung mit Auszeichnung bestanden.

An der Feier nahmen außer dem Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen auch Personalstadtrat Dr. Migsch und der Leiter des Anstaltenamtes, Obersenatsrat Dr. Schwarzl, teil. Vizebürgermeister Weinberger wies in einer kurzen Ansprache auf die Besonderheit des Schwesternberufes hin, der gerade jetzt vor Weihnachten, dem Fest des Friedens und der Liebe in seiner tiefsten Bedeutung klar wird: den kranken Menschen zu dienen und zu helfen!

- - -

Sonderzahlung für Gemeinde-Dauerbefürsorgte von 100 bis 300 S
=====

20. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Wohlfahrtsreferenten, Vizebürgermeister Hornay, ermächtigte heute der Wiener Stadtsenat die Magistratsabteilung 12, in Anpassung an die Regelung des Bundes für die Sozialrentner eine einmalige Sonderzahlung in der Höhe eines Viertels der monatlichen laufenden Dauerunterstützung, mindestens jedoch 100 Schilling und höchstens 300 Schilling pro Unterstützungsfall, an die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien auszuzahlen. Die Kosten für diese Sonderleistung der Gemeinde Wien werden etwa 1,8 Millionen Schilling betragen. Die Auszahlung erfolgt im Jänner.

- - -

Filmsondervorführung für Lehrer
=====

20. Dezember (RK) Das Landesjugendreferat Wien teilt mit, daß die Filmsondervorführung für Lehrer nicht morgen, Mittwoch, den 21. Dezember, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt veranstaltet werden kann.

- - -

Geschäftsgruppe XII: Die Städtischen Unternehmungen
=====

20. Dezember (RK) Über die **Geschäftsgruppe XII**, Städtische Unternehmungen, referierte Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er stellt fest, daß von den sechs städtischen Unternehmungen drei, und zwar die E-Werke, die Gaswerke und die Verkehrsbetriebe reine Versorgungsunternehmungen sind, die durch ihren Absatz die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt spiegeln. Nach den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist daher auch im kommenden Jahr mit einem gesteigerten Absatz von Energiemengen beim E- und Gaswerk zu rechnen. Gewisse Sorge bereiteten bei der Erstellung des Budgets die Personalkosten, deren Auswirkungen durch das neue Gehaltsgesetz noch nicht zur Gänze bekannt sind, die aber beträchtliche Mehraufwendungen erfordern werden. Es wird schwer sein, diese Mehraufwendungen einzuwirtschaften. Neuerliche Tarifregulierungen scheiden jedoch vollkommen aus. Als Beweis dafür, daß die Städtischen Unternehmungen in den Jahren 1954 und 1955 viel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Bediensteten beigetragen haben, sei angeführt, daß die Ansätze für die Aktiven und für die Pensionisten von 1954 auf 1955 um 74,2 Millionen und von 1955 auf 1956 um 57.8 Millionen gestiegen sind, also im Verlauf von zwei Jahren um nicht weniger als 132 Millionen Schilling. Dies soll deswegen besonders betont werden, weil es nicht erst in letzter Zeit immer wieder Forderungen von Bediensteten der Städtischen Unternehmungen gegeben hat, die ohne Überlegung hinsichtlich der Deckungsmöglichkeiten gestellt wurden. Auf die Dauer kann man aber auch bei den Städtischen Unternehmungen nicht **mehr ausgeben, als man einnimmt**, noch dazu, wo von den Unternehmungen nicht unerhebliche Teile des Ertrages unter verschiedenen Titeln an die Hoheitsverwaltung abgeführt werden müssen. Es wird daher auch nicht möglich sein, die notwendigen Investitionen aus den laufenden Einnahmen zu decken. Große Kosten werden 1956 durch die Verstärkung der Stromversorgung für die Verkehrsbetriebe wegen der Umstellung auf den Großbraunwagenbetrieb erwachsen. Die Verkehrsbetriebe werden trotz Hilfeleistung der drei Teilunternehmungen der Wiener Stadt-

werke aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sein, an größere Projekte heranzutreten. Hier muß die Bedeckung durch die Heranziehung langfristiger Kredite ermöglicht werden. Trotz der gegenteiligen Meinung von Stadtrat Resch würde es sich sicher ermöglichen lassen, ausländische Kredite zu erhalten. Österreich ist kreditwürdig und ist seinen aus bisherigen Auslandskrediten erwachsenen Verpflichtungen immer restlos nachgekommen. In Form von außerordentlichen Finanzmaßnahmen wären bei den Elektrizitätswerken in erster Linie Aufwendungen für den großzügigen Ausbau der Leitungsnetze, der Umspannwerke sowie für die rascheste Umschaltung von Gleichstrom auf Wechselstrom zu decken, ferner müßte an die notwendige Erweiterung der kalorischen Produktionsanlagen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wasserkraftwerke gedacht werden und darüber hinaus an die Schaffung eines eigenen Donaukraftwerkes und eines Pumpspeicherwerkes. Bei den Verkehrsbetrieben handelt es sich um einen raschen Wiederaufbau des unter den Einwirkungen des Krieges noch immer mit starken Lücken behafteten Fahrparkes, der Erneuerung des Fahrparkes, besonders auch auf der Stadtbahn mit dem Ziel, diesen auch auf einem kommenden Untergrundbahnsystem verwenden zu können. Schließlich ist ein großes Projekt bei den Verkehrsbetrieben auch die Errichtung einer zentralen Hauptwerkstätte, wo sowohl die Fahrbetriebsmittel der Straßenbahn, der Stadtbahn, bzw. Untergrundbahn, als auch des Autobus- und Obusbetriebes in einer rationellen Form repariert werden können. Auch der Bau einer neuen Großgarage für den Autobusbetrieb im Süden der Stadt als Ersatz für die zerstörte Garage in der Pernerstorfergasse im 10. Bezirk fällt in die Reihe dieser großen Vorhaben. In steigendem Ausmaß muß auch das Erdgas, das sich wieder in österreichischem Besitz befindet, für E- und Gaswerk nutzbar gemacht werden. Dazu ist es notwendig, die schon begonnene Methanspaltung fortzusetzen und das technische Ziel zu erreichen, Stadtgas nur aus Erdgas zu erzeugen, was bedeutend billiger käme.

Als nicht erfreulich bezeichnet Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Frequenz der Verkehrsbetriebe seit der Tarifregulierung.

Die Tarifierhöhungen bei den Wiener Verkehrsbetrieben hat mit Beginn des Monats September 1955 eine Frequenzverminderung gebracht, die bei Straßenbahn und Stadtbahn verglichen mit der durchschnittlichen Monatsfrequenz des Jahres 1954 in diesem Monat ein Minus von 4,82 Prozent und bei Autobus und Obus von minus 16,05 Prozent brachte. Für den Monat Oktober sind dieselben Ziffern für Straßenbahn und Stadtbahn minus 7,86 und für Autobus und Obus minus 21,44 Prozent. Die Erlöse sind gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1954 für Straßenbahn und Stadtbahn im September 1955 um 39,50 Prozent, für Autobus und Obus um 25,53% gestiegen, während die gleichen Daten für den Monat Oktober 33,73 und 20,91 Prozent betragen. Die Erlöse pro Fahrgast haben sich im September bei Straßenbahn und Stadtbahn auf 1,301, beim Autobus auf 1,309 und beim Obus auf 0,817 belaufen; im Monat Oktober waren die gleichen Daten für Straßenbahn und Stadtbahn 1,28, für den Autobus 1,35 und für den Obus 0,80 gegenüber den Voranschlagsansätzen von 1,30 für Straßenbahn und Stadtbahn, von 1,42 für den Autobus und 0,80 für den Obus. Straßenbahn und Stadtbahn halten sich demnach erlösmäßig im Rahmen des Voranschlages, während sich der Autobus unter dem Voranschlag bewegt.

Die Abhaltung der Verkehrsquote bezeichnet der Referent als die Erfüllung einer seiner Forderungen. Die Ergebnisse sind nunmehr in 109 Empfehlungen zusammengefaßt und man sollte sie alle in ihrer Gesamtheit akzeptieren. (Beifall bei der ÖVP.) Von sieben Empfehlungen, die sich mit der Frage der Errichtung einer U-Bahn beschäftigen, haben sich fünf positiv dafür ausgesprochen, die übrigen zwei sind auch nicht hundertprozentig negativ.

Stadtrat Dkfm. Nthschläger kommt sodann auf die von den Gas- und E-Werken geführte Elektrogeräteaktion zu sprechen, deren Erfolg er als durchaus erfreulich bezeichnet. An Gasgeräten wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1955 über die Gasgemeinschaft Wien insgesamt 32.622 Bestellungen im Gesamtwert von rund 75 Millionen Schilling aufgegeben. Elektrogeräte wurden im gleichen Zeitraum in einem Wert von rund 35,3 Millionen Schilling bestellt. Insgesamt wurden im Rahmen beider Aktionen 45.386 Bestellungen mit einem Gesamtwert von 113,471.000 Schilling erteilt. Im Jahr 1954 waren es insgesamt 43.447 Geräte und Installationsaufträge im Gesamtwert von 94,331.000 Schilling.

An der Elektro-Geräteaktion sind 680 Mitglieder der Landesinnung Wien der Elektrotechniker und Radiomechaniker, 428 Mitglieder des Landesgremiums Wien für den Einzelhandel mit Elektrowaren, Radio- und Musikinstrumente und 99 Mitglieder des Landesgremiums Wiens für den Eisenwaren-, Haus- und Küchengerätekleinhandel beteiligt. An der Gasgeräteaktion, die die Gasgemeinschaft Wien durchführt, sind insgesamt 716 Installateure beteiligt.

Zum Thema Wagenstand bei den Verkehrsbetrieben, sagt er, daß die Waggonfabriken in den letzten Jahren den Wünschen leider nicht in entsprechendem Maße gefolgt sind. Im Jahre 1955 ist hier erfreulicherweise ein Wandel eingetreten, da die für 1955 in Auftrag gegebenen neuen Wagen zu zirka 65 Prozent (u.a. 58 Großraumwagen) geliefert sind. Genaue Aufstellungen über die Anlieferung von neuen, bzw. neu aufgebauten Wagen und der andererseits aus dem Betrieb gezogenen Fahrbetriebsmittel ergeben, daß im Jahre 1954 ein Abgang von 1.191 Plätzen, im Jahre 1955 ein solcher von 5.533 Plätzen zu verzeichnen war, während im Jahre 1956 eine Vermehrung um 6.871 und im Jahre 1957 auf Grund der bereits jetzt hinausgegebenen Bestellungen eine Vermehrung um 1.587 Plätzen eintreten wird. Man sieht also, daß es nunmehr doch aufwärts geht und daß die Wiener Bevölkerung, wenn auch langsam, aber doch rechnen kann, in Zukunft mit einem besseren Platzangebot bedient zu werden. Insgesamt werden die Lieferungen für die Jahre 1954 bis 1957 mit 439 Einheiten mit einem Fassungsraum von 37.995 Personen beziffert, während im gleichen Zeitraum 590 Wagen mit einem Fassungsraum von 36.261 Personen entweder skartiert oder umgebaut werden.

Die Wiener Stadtwerke haben bekanntlich in den letzten Jahren vier große Wohnhausanlagen mit insgesamt 486 Wohnungen für Bedienstete der Stadtwerke errichtet. Im Frühjahr soll im 10. Bezirk mit dem Bau von weiteren 100 Wohnungen begonnen werden. Dem Wunsche einer größeren Anzahl von Bediensteten der Wiener Stadtwerke entsprechend, wird die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Wiener städtischen Unternehmungen auch den Bau von sogenannten Mittelstandswohnungen in Angriff nehmen.

Bei der Behandlung des Erfolgsplanes stellt der Referent fest, daß im Voranschlag 1956 eine Reihe von Änderungen aufscheinen. Zunächst haben die Abschreibungen eine sehr wesentliche Erhöhung erfahren, weil die Anlagen im Sinne des Schilling-Eröffnungsbilanzgesetzes einer Neu-Bewertung unterzogen worden sind und daher auch die Abschreibungen neu festgesetzt werden mußten. Die Schilling-eröffnungsbilanz der Wiener Stadtwerke sowie auch der beiden übrigen Unternehmungen wird mit 1. Jänner 1955 aufgestellt. Es war daher naheliegend, daß bereits im Voranschlag 1956 mit diesen neu festgelegten Abschreibungen gerechnet wird. Eine zweite wichtige Änderung bezieht sich auf die Neufestlegung der sogenannten Pensionsrückstellungen. Diese erfahren auf Grund einer Neuberechnung durch den Chefmathematiker der Wiener städtischen Versicherungsanstalt eine Veränderung nach abwärts, da von den vorgelegten drei Alternativen jene berücksichtigt wurde, die sich auf die Erfolgsrechnung am geringsten auswirkt. Als dritte Post erscheinen die Erträge bei den drei großen Unternehmungen wesentlich erhöht gegenüber dem Vorjahr, was in der Hauptsache auf die Tarifierhöhung bei den Verkehrsbetrieben zurückzuführen ist. Und schließlich tritt im Zusammenhang mit der Tarifregulierung auch eine Veränderung in den Subventionen ein, nicht aber in der Art, daß diese überhaupt zum Verschwinden gebracht werden, sondern daß sie von 202 Millionen Schilling, die im Voranschlag 1955 noch aufgeschrieben sind, auf 62 Millionen herabgedrückt wurden.

Die Elektrizitätswerke rechnen im Jahre 1956 mit einem Stromverkauf von 1.208.6 Mio kWh gegen einen solchen von 1.062 Mio kWh gemäß Voranschlag 1955. Es wird daher mit einem Mehrabsatz von rund 146.6 Mio kWh oder 13.8 Prozent gerechnet.

Bei den Gaswerken wird mit einer Verkaufsabgabe von 454.816.000 Kubikmeter gegen 400.800.000 Kubikmeter im Erfolgsplan 1955 gerechnet, das ist um 54.016.000 Kubikmeter oder um 13.48 Prozent mehr als 1955. Der Koksverkauf wird mit 361.960 Tonnen angenommen gegen 387.380 Tonnen. Die Verringerung ist darauf zurückzuführen, da infolge eines Mehreinsatzes von Erdgas die zu vergasende Kohlenmenge geringer geworden ist.

Die Verkehrsbetriebe sind optimistisch und rechnen bei Straßenbahn und Stadtbahn mit einer Frequenz von 490 Millionen gegen 508 Millionen im Voranschlag 1955, beim Kraftverkehrsbetrieb mit 33 Millionen gegen 37.6 Millionen im heurigen Jahr und beim Obusbetrieb mit 2,4 Millionen gegen 2,6 Millionen im Ansatz 1955.

Die Städtische Bestattung rechnet mit 25.100 Bestattungen gegenüber 24.500.

Beim Brauhaus der Stadt Wien wird für das Jahr 1956 ein Bierverkauf von 140.000 hl gegen 145.000 hl im Jahre 1955 angenommen. Die Verminderung ist darauf zurückzuführen, daß infolge ungünstiger Wetterlage während der zwei Jahre 1954 und 1955 vorwiegend im östlich gelegenen Teil Österreichs, der im besonderen das Absatzgebiet des Brauhauses darstellt, bei allen Brauereien ein verminderter Bierverkauf eingetreten ist.

Die Gewista präliminiert für 1956 Aufwendungen von 11,574.100 Schilling und Erträge von 11,835.400 Schilling.

Die E-Werke setzen an Rohstoffen 210.650 t feste Brennstoffe (1955: 201.650 t), an flüssigen Brennstoffen 47.200 t (1955: 40.630 t) und an Erdgas die ansehnliche Menge von 202,246.000 Normalkubikmeter (1955: 175,000.000 Normalkubikmeter) ein. Die Gaswerke setzen an zu entgasender Kohle 480.000 t (1955: 527.000 t) ein. Es tritt also eine Verminderung des Kohleneinsatzes trotz steigender Stadtgaserzeugung um nicht weniger als 47.000 t ein. An Erdgas werden beigemischt 116.060.000 Normalkubikmeter (1955: 82,845.000 Normalkubikmeter), außerdem werden 62,555.000 Normalkubikmeter Erdgas unterfeuert gegen 59,855.000 Normalkubikmeter im Jahre 1955. Es tritt also eine Steigerung des gesamten Erdgaseinsatzes von 142,700.000 Normalkubikmeter im Voranschlag 1955 auf 178,615.000 Normalkubikmeter pro 1956 ein.

Was die Subvention an die Verkehrsbetriebe anbelangt, so tragen zu den insgesamt 62 Millionen Schilling (gegenüber insgesamt 202 Millionen Schilling pro 1955) die Elektrizitätswerke 40 Millionen, die Gaswerke 20 Millionen und die Städtische Bestattung zwei Millionen Schilling bei.

Die Voranschläge der sechs Unternehmungen schließen mit einem Abgang pro 1956 von 51,903.700 S ab (im Vorjahr 943.600 S. Würden keine Subventionen bezahlt werden, so ergäbe sich bei den E-Werken ein Überschuß von 29.5 Millionen, bei den Gaswerken von 7,645.000, bei den Verkehrsbetrieben ein Abgang von 91,885.000 und bei der Bestattung ein Überschuß von 2,304.000 Schilling. ./.

Wenn man bei dieser Gelegenheit einen Vergleich zwischen den Voranschlägen 1954 und 1955 zieht, so haben sich in diesem Zusammenhange die Aufwendungen aller sechs Unternehmungen um 12.2 und die Erträge um 12.6 auf Basis 1954 erhöht. Die Erträge aller Unternehmungen erreichen 71.33 Prozent (76.6 Prozent) der Einnahmen und 70.93 Prozent (71.6 Prozent) der Ausgaben im ordentlichen Budget der Hoheitsverwaltung.

Was den Personalstand der einzelnen Unternehmungen anbelangt, so ergibt sich im Vergleich zu den Ansätzen 1955 bei den Wiener Stadtwerken eine Erhöhung um 11 Personen, beim Brauhaus eine Verminderung um einen Bediensteten und bei der Gewista eine Erhöhung um vier Bedienstete, insgesamt stehen für alle sechs Unternehmungen im Jahre 1956 20.927 aktiven Bediensteten 20.913 Aktive im Jahre 1955 gegenüber. In diesen Ansätzen pro 1956 sind ferner auch noch 360 Jugendliche inbegriffen, die sich auf die einzelnen Werke und Unternehmungen gemäß den Vorschriften des Jugendeinstellungsgesetzes verteilen. Der Stand der Pensionisten, der bei den Wiener Stadtwerken pro 1955 mit 18.738 angenommen worden ist, erfährt mit dem Stand von 18.548 Pensionisten eine Verminderung um 190 Fälle, beim Brauhaus erhöht er sich um 3. Insgesamt ergibt sich somit bei den Pensionisten eine Verminderung um 187 Fälle. Im Vorjahr war bei den Stadtwerken ein Ansteigen der Pensionistenziffer um 395, beim Brauhaus ein solches um 4, somit für alle Werke um 399 Personen zu verzeichnen. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung bei den Verkehrsbetrieben, wo bei Abfassung des Voranschlages pro 1955 noch um 422 Pensionsparteien mehr angenommen worden sind als im Jahre 1954, während nunmehr bei dem gleichen Unternehmen ein Abfall um 232 Pensionsparteien aufscheint. Aktive und Pensionisten zusammengenommen ergeben den Stand von 39.701 Bediensteten für alle sechs Unternehmungen. Der gesamte Personalaufwand für Aktive und Pensionisten (ohne Pensionsrückstellungen) steigt von 802.561.800 S auf 860.388.000 S, somit um 57.827.000 S, das sind 7.21 Prozent. Der gesamte Personalaufwand unter Einbeziehung der Pensionsrückstellungen, die im Jahre 1956, wie schon erwähnt worden ist, rückläufig sind, fällt von 947.576.800 auf 909.945.000 S, somit um 37.631.800 S oder 3.97 Prozent.

Im Jahre 1956 werden sämtliche sechs Unternehmungen an freien Investitionen solche für insgesamt 452.807.100 S durchführen

können, während es im Voranschlag 1955 nur 389,611.000 S gewesen sind. Die Investitionssumme der Wiener Stadtwerke erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 1955 um 62,337.000 S, wovon allein auf die Verkehrsbetriebe ein Mehrbetrag von 46,929.000 S entfällt. Bei den Elektrizitätswerken resultiert ein Mehraufwand von 4,975.000 S, bei den Gaswerken ein solcher um 9,540.000 S, während die Bestattung um 893.000 S mehr investieren kann. Das Brauhaus setzt sein Investitionsvolumen um 605.000 S und die Gewista um 254.100 S höher an als 1955.

Von dem Investitionsvolumen der E-Werke per 186,400.000 S entfällt ein Betrag von 20,190.000 S so wie im Voranschlag 1955 auf eine Beteiligung an den Donaukraftwerken. Eine solche Rate in der gleichen Höhe ist dann noch im Jahre 1957 zu entrichten. Für Umspann- und Unterwerke werden 53,930.000 S präliminiert.

Die Gaswerke verwenden ihr Gesamtinvestitionsvolumen von 80,510.000 S für weitere Methanspaltanlagen, für die erste Rate einer Sauerstoffgewinnungs- sowie einer Gastrocknungsanlage für den Neubau einer Dampfkesselanlage, für neue Rohrleitungen in Wohnhausbauten, für neue Gasmesser usw.

Die Verkehrsbetriebe investieren von 180,026.000 S für die Straßenbahn um 28,801.000 S, für die Stadtbahn um 19,686.000 S mehr, für den Obus um 10 Millionen weniger und für den Autobus ebenfalls weniger um 1,548.000 S. Für die Gleisanlagen wird ungefähr der gleiche Betrag wie im Jahre 1955 aufgewendet, und zwar 30,339.000 S. Die größte Sorge gilt naturgemäß bei den Verkehrsbetrieben dem Fahrpark. Hiefür werden bei der Straßenbahn um 28,297.000 S mehr, bei der Stadtbahn um 16,790.000 S mehr aufgewendet, während beim Autobusbetrieb um 1,965.000 S weniger aufgewendet werden als 1955.

Vom Standpunkt der Lieferfirmen werden im kommenden Jahr 29 Großraumzüge für die Linien 46 und 49 zu erwarten sein, weitere 28 Großraumbeiwagen, wie sie derzeit auf der Linie 0 eingesetzt sind, ferner 28 auf den Großraumbetrieb umgebaute Triebwagen und schließlich sollen 65 Trieb- und Beiwagen der Stadtbahn (15 Fünfwagenzüge) in der bekannten modernen Form umgebaut sowie ein Gelenkwagen gebaut werden.

Außerdem ist die Anschaffung von zehn Großraumautobussen geplant. Einschließlich der zehn Großraumautobusse werden also insgesamt 190 Wagen, zumeist Großraumwagen neu in den Verkehr gestellt, bzw. in umgebauter Form eingesetzt werden. Geplant ist u.a. die Anschaffung eines Probezuges, und zwar eines sogenannten Gelenk-Triebwagenzuges, der aus acht Einheiten bestehen soll, wovon jeweils zwei Einheiten miteinander verbunden sind und auf insgesamt drei zweiachsigen Drehgestellen ruhen. Diese Type eines Triebwagen-Gelenkzuges hat den Vorteil, daß in Anbetracht des längeren Wagenkastens, er wird etwa 12 1/2 Meter sein, Stationsumbauten vor allem dort nicht nötig werden, wo es sich um gekrümmte Haltestellen handelt. Für den Probezug ist ~~zunächst~~ ein Betrag von drei Millionen als Anzahlung vorgesehen, mit der Lieferung ist aber erst im Verlauf von zwei Jahren zu rechnen.

Die Städtische Bestattung verwendet die zur Verfügung stehenden 2,720.000 Schilling vornehmlich für die Ausgestaltung des Fahrparkes.

Das Brauhaus der Stadt Wien investiert für einen "Ignis" Heißwasserkessel 465.000 Schilling, für eine Pasteurierungsanlage 300.000 Schilling, für Transportgebäude 940.000 Schilling und für Gaststättenausstattung 420.000 Schilling.

Die Gewista verwendet die ihr zur Verfügung stehenden 454.100 Schilling für die Anschaffung von zwei Lastwagen sowie für die Beschaffung von 3.600 Tafeln für neue Trieb- und Beiwagen sowie Großraumwagen der Wiener Verkehrsbetriebe.

Das Investitionsprogramm der Verkehrsbetriebe wird auch im Jahre 1956 wieder sehr wesentlich zur Modernisierung und Erneuerung von Straßen und Plätzen beitragen, wofür ein Betrag von 11,8 Millionen Schilling vorgesehen ist

Stadtrat Dkfm. Nathschläger brachte dann drei Anträge von Gemeinderäten der beiden Koalitionsparteien ein, und zwar, betreffend die Vereinfachung der Fahrpreisbestimmungen der Wiener Verkehrsbetriebe für Kinder, die größer als 1,50 Meter sind, weiters die Herabsetzung des Preises der Kinderfahrtscheine an Sonn- und Feiertagen und schließlich die Abänderung der Beförderungsbestimmungen für zusammenklappbare Kinderwagen.

Abschließend verweist der Referent darauf, daß große

./.

Probleme, wie das der verstärkten Strom- und Gasversorgung sowie besonders jenes einer Neuorientierung unseres gesamten Verkehrswesens, einer befriedigenden Lösung näher gebracht werden müssen. Im Verkehrswesen ist die entscheidende Wende gekommen und es wird darauf ankommen, ob durch eine wohl durchdachte und vor allem koordinierte Zusammenarbeit aller hiefür in Frage kommenden Stellen am Ende der zunächst absehbaren Bemühungen ein weltstädtischer, sowohl dem Massenverkehr als auch dem Individualverkehr dienender besserer Zustand erreicht werden kann. Die hierzu erforderlichen Arbeiten und Anstrengungen bedürfen, wenn sie zum Ziele führen sollen, der unbedingten Ruhe und eines störungsfreien Ablaufes des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in dieser Stadt.

Stadtrat Resch, erklärt er, hat am Beginne der Budgetdebatte ein fast solennes Bekenntnis zur Zusammenarbeit der beiden großen Parteien abgelegt. Er stehe nicht an, mit eben solcher inneren Überzeugung zu erklären, daß das gute Funktionieren der Koalition die Voraussetzung für alle großen Erfolge in der Zukunft sein wird. Das gemeinsame Motto muß also heißen: "Die Koalition der beiden großen Parteien der Weg und die Weltstadt Wien das Ziel!" (Allgemeiner Beifall.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger ersuchte dann den Gemeinderat um die Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe.

./.

Gemeinderat Maller (VO) übt Kritik an den hohen Abschreibungen bei den Stadtwerken, die beweisen, daß die Werke hoch aktiv sind. Daraus wieder geht hervor, daß die Tarife sämtlicher Unternehmungen gewaltig überhöht sind. Der Redner wendet sich auch dagegen, daß zum Beispiel die Verkehrsbetriebe im Zusammenhang mit Straßenbauarbeiten ihren Beitrag leisten müssen, Brücken bauen müssen und für die Schneeräumung aufzukommen haben. Gemeinderat Maller nimmt ferner dagegen Stellung, daß die Gemeinde Wien versucht habe, in der Tarifffrage und in den Gehaltsfragen die Bevölkerung gegen die Straßenbahner aufzuhetzen. Die Wiener Straßenbahner, so stellte er fest, haben jedoch am 2. Dezember nicht gegen die Wiener Bevölkerung gestreikt, sondern um ihre gerechte Forderung durchzusetzen.

Der Redner bespricht dann im einzelnen die Städtischen Unternehmungen. Bei den Gaswerken bezeichnet er die Produktionsweise als veraltet. Es wäre zweckmäßig, das billige Erdgas zum Wohl der Bevölkerung auszunützen. Der Redner stellt auch einen Antrag auf Senkung des Gastarifes.

Bei den E-Werken kritisiert Gemeinderat Maller, daß die Versorgungsleitungen bald nicht ausreichen werden. Wir steuern einer Stromnot zu, nicht weil zu wenig produziert wird, sondern weil die Werke nicht imstande sind, den Strom zum Verbraucher zu bringen. Der Redner stellte einen Antrag, eine Enquete über die Energieversorgung Wiens einzuleiten. Ein anderer Antrag verlangt auch die Senkung der Strompreise.

Bei den Verkehrsbetrieben fragte Gemeinderat Maller unter anderem, wann die Aktion zur Verbesserung der Bremseinrichtungen abgeschlossen sein wird. Er dankte bei dieser Gelegenheit den Ingenieuren und Arbeitern für die vorzüglichen Leistungen beim Umbau der Straßenbahn- und Stadtbahnwagen. Der Redner erinnert auch an den Plan der VO zur Errichtung eines zweiten Stadtbahnringes durch Einbeziehung der Vorortelinie der Verbindungsbahn und der Ländebahn.

Der Redner urgiert einen Antrag der VO, bei dem die Gültigkeit der Wochenkarten auch an Sonntagen verlangt wurde, ferner der Einheitstarif für Straßenbahn und Autobus, die Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes und die Verbilligung der Rückfahrkarten auf 3 Schilling. Er stellte einen neuerlichen Antrag

auf Einführung einer Tagesretourenfahrkarte. Der Redner meint ferner, man sollte auch die Lehrlingswochenkarte verbilligen. Ein weiterer Antrag des Debattenredners verlangt einen Einheits-tarif für Autobus, Obus, Straßenbahn und Stadtbahn. Gemeinderat Maller stellt weiter den Antrag auf Einbeziehung des 23. Bezirkes in das Wiener Verkehrsnetz, damit die dort wohnende Bevölkerung, bzw. die dort Beschäftigten nicht über den Straßenbahnfahrpreis hinaus noch für Autobus oder Badner-Bahn bezahlen müssen. Der Redner tritt auch für die Vermehrung der Stadtbahnzüge an Samstagen ein, ferner für die Inbetriebnahme des V-Wagens. Ein Antrag fordert die Verlängerung der Linie 16 nach Aspern. Der Redner verlangt auch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des 22. Bezirkes und erinnert an einen diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion. Auch die Verlängerung der Betriebszeit der Autobuslinie 19 könnte auf diesem Gebiete gewisse Erleichterung schaffen. Ein weiterer Antrag verlangt die Verlängerung der Straßenbahnlinie 10 bis nach Dornbach, um so zwischen dem 16. und 17. Bezirk eine bessere Verbindung zu schaffen. Innerhalb des Stadtgebietes müßte in der Gablenzgasse eine Straßenbahnlinie geschaffen werden. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. Abschließend stellt Gemeinderat Maller fest, daß der Stadtrat der Gruppe XII den Bedürfnissen der Bevölkerung viel zu wenig Rechnung getragen hätte. Seine Fraktion könne daher nicht für die Ansätze stimmen.

GR.Dr. Wollinger (ÖVP) erklärt, schon allein aus den Ansätzen dieser Gruppe könne man ersehen, welche Wichtigkeit ihr innerhalb der Gemeindeverwaltung zukommt. Die vorgesehenen Gesamtaufwendungen der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista betragen rund 2½ Milliarden Schilling und machen damit nicht weniger als rund 70 Prozent des im ordentlichen Budget vorgesehenen Gesamtaufwandes des Hoheitsbereiches aus. Überdies gibt diese Gruppe mehr als 20.000 Arbeitern und Angestellten Beschäftigung. Bei objektiver Beurteilung der Entwicklung der Städtischen Unternehmungen muß gesagt werden, daß in den abgelaufenen zehn Jahren große und bewunderungswürdige Leistungen erbracht wurden und der Dank hierfür den zehntausenden Bediensteten und dem Amtsführenden Stadtrat dieser Gruppe gilt. Besonders

zu begrüßen ist die Erhöhung des Investitionsvolumens. Während 1955 an freien Investitionen 389,6 Millionen präliminiert waren, sieht der Voranschlag 1956 452,8 Millionen vor. Besonders zu begrüßen ist, daß erstmalig ein Teilbetrag von 55 Millionen aus einem Kredit der Finanzverwaltung gedeckt wird. Der Redner bezeichnet diesen Betrag zwar für mehr als bescheiden, doch ist damit wenigstens einmal ein Anfang gemacht. Begrüßenswert sind ferner die Ansätze für die Anschaffung von weiteren 29 Großraumzügen für die Verkehrsbetriebe und von 28 vierachsigen Großraumbeiwagen als Ersatz für überalterte zweiachsige Beiwagen. Auch der Modernisierung der Straßenbahn- und Stadtbahnwagen sowie der Autobusse muß man freudig zustimmen. Gleichfalls zu begrüßen ist der beabsichtigte Bau von neuen Stadtbahnwagen, die nach einer Empfehlung der Verkehrsenquete für die kommende U-Bahn verwendet werden können, ferner der Ausbau der Methanspalanlage. Mehr Berücksichtigung müßte die Forderung auf Aufnahme von Krediten finden, die die Erstellung eines langfristigen Investitionsprogrammes ermöglichen würde. Man könnte dadurch Großbestellungen tätigen und sicher billiger kaufen. Große Investitionen können auch in der Zukunft nur durch die Aufnahme von Krediten vorgenommen werden. (Beifall bei der ÖVP).

Gemeinderat Dr. Wollinger beschäftigt sich dann mit der von Stadtrat Resch in seinem Schlußwort geäußerten Meinung, wonach inländische Anleihen mit achtprozentiger Verzinsung zu teuer und ausländische Anleihen nicht zu haben sind. Der Redner meint, man dürfe die Städtischen Unternehmungen nicht mit der Hochverwaltung vergleichen. Er spricht sich für Anleihen dort aus, wo sie Gewinne und Umsatzsteigerungen ermöglichen. Billig investiert könne nur durch Großaufträge werden. Einen Verzicht auf Anleihen bezeichnet er als mutwilligen Finanzverlust. Was die ausländischen Investitionen anbelangt, schließt er sich der Skepsis des Finanzreferenten an, doch könne er nicht glauben, daß es nicht möglich wäre, das Ausland zu interessieren und meint sogar, Stadtrat Resch könnte mehr Anleihen bekommen als er braucht.

Die Gebrauchs- und Wegobenützungsgebühren bezeichnet er

./.

als eine schwere Belastung der Verkehrsbetriebe. Anstatt sie zu streichen, hat man diese Gebühren im Budget auf 3,6 Millionen noch erhöht. Er empfiehlt in dieser Hinsicht das Beispiel einiger Städte, wie etwa Stuttgart, zur Nachahmung. Man sollte sich wenigstens an das Beispiel Hamburgs halten, wo im Falle eines Defizits der Verkehrsbetriebe die Gebühren nicht eingehoben werden. Dem fügt er noch hinzu, daß die Öffentliche Beleuchtung den E-Werken um 30 Millionen Schilling weniger abführt als in den Stromtarifen vorgeschrieben wird und fragt, wie es hier mit der Praxis der kostendeckenden Preise stehe. Auch die 15 Millionen Schilling, die von den Verkehrsbetrieben als Kosten für die Stadtplanung eingehoben werden, bezeichnet er als ein unbilliges Verlangen.

In seinen weiteren Ausführungen kommt er auf die Ansätze der Verkehrsbetriebe zu sprechen und verweist auf die bereits erwähnten Gebrauchs- und Wegebenutzungsgebühren, den Kostenbeitrag für die Stadtplanung und andere Kosten, die den Verkehrsbetrieben auferlegt sind, und errechnet, daß nach Wegfall dieser Ausgaben auch bei Beibehaltung der alten Straßenbahntarife die Verkehrsbetriebe einen Überschuß aufweisen könnten. Es sei dies ein klarer Beweis dafür, daß die Tarifierhöhung vom heurigen Sommer nicht notwendig war. Er möchte aber die vorweihnachtliche Stimmung nicht mit der Erörterung der Tarifierhöhung stören. Er erinnere nur an den Antrag seiner Fraktion nach Einführung des Kurzstreckentarifes. Die von Stadtrat Nathschläger vorgebrachten drei Anträge der beiden Koalitionsparteien bezeichnet er als eine Linderung der schmerzlichsten Härten und begrüßt sie. Er beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Wiener Straßenverkehrs-enquête und rät, man solle sich nicht den Empfehlungen angesichts in- und ausländischer Fachleute verschließen. Stadtrat Thaller habe sich aber aus den Empfehlungen nur das ausgesucht, was in sein Konzept passt. Er fragt, wie lange man sich noch den Bau der U-Bahn überlegen wolle. Sollte die Mehrheit des Gemeinderats der Meinung sein, daß wir den Bau der U-Bahn erst in etwa vier Jahren überlegen könnten, dann hat sie dafür die Verantwortung vor der Wiener Bevölkerung zu tragen. Abschließend dankt der Redner allen Arbeitern, Angestellten und Direktoren für die

Arbeit im abgelaufenen Jahr und erklärt, seine Fraktion werde den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XII zustimmen.

GR. Adelpoller (SPÖ) beschäftigt sich zunächst mit einigen Ausführungen des VO-Redners GR. Maller, u.a. mit seinem Vorwurf, die Gemeinde hetze gegen die Straßenbahner. Er erinnert ihn an seine Angelobung im Wiener Gemeinderat, in der er sich verpflichtet hat, die Interessen der Stadtverwaltung zu achten, aber nicht die Straßenbahner gegen die Gemeinde zu hetzen. Zu seinem Vorschlag, man möge die Donaustufe bei Wien bauen, sagt er, die Pläne wären schon längst vorhanden, es fehlen aber lediglich die zwei Milliarden. In Erwiderung eines weiteren Vorwurfs über die Sitzplätze in den Wiener Straßenbahnen bemerkt er, es gäbe keine Großstadt, in der zu Zeiten der Verkehrsspitzen genügend Sitzplätze vorhanden wären.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Wollinger beschäftigt er sich zunächst mit seinem Verlangen nach ausländischen Anleihen und fragt ihn, ob er etwa eine Anleihe nach dem Beispiel der Niogas gemeint habe. Zu seinen Behauptungen bezüglich des Überschusses bei den Verkehrsbetrieben stellt GR. Adelpoller die Frage, wie er es erklären kann, daß der Abgang trotz der vorgenommenen Tarifregelung für das kommende Jahr noch immer 91 Millionen Schilling betragen wird. Zu seinen Empfehlungen, die Ergebnisse der Wiener Verkehrsenquete besser zu beachten, erklärt er, man werde sich mit allen Fragen eingehend beschäftigen.

Zum Kapitel Städtische Unternehmungen verweist er auf die kolossalen Leistungen, die er an Hand der Ansätze des Jahres 1937 und der Gegenwart verglich. Er stellt fest, daß sich ausnahmslos überall enorme Steigerungen in der Produktion bei herabgesetztem Personalstand ergeben. Diese Erfolge haben wir den genialen Ideen unserer Techniker zu verdanken, die es verstanden haben, alle technischen Fortschritte ausgezeichnet zu nützen.

Zu den Befürchtungen von GR. Maller, daß die Zuleitungen für die Stromversorgung nicht ausreichen werden, sagte der Redner, uns ist nicht bange darum, daß die erzeugte Energie der Bevölkerung nicht zugeleitet werden kann. Was den Energieverbrauch anlangt, so liegt Wien mit 1.238 Kilowattstunden heute über dem europäischen Durchschnitt von 1.030 kWh.

Bei der Geräteaktion mußten wir die Ratenzahlungen einschränken. Die Lieferung auf 60 Monatsraten soll nur für jene gelten, die wirklich sozial bedürftig sind.

Beim Gaswerk wird eine Herabsetzung des Tarifes nicht möglich sein, weil es in Wien ohnehin einen Gaspreis gibt, der seinesgleichen in der Welt sucht.

Zu den Verkehrsbetrieben bemerkt GR. Adelpoller u.a., daß es vor allem die Wochenkartenfahrer sind, die den Fahrpreis drücken. Die Verkehrsbetriebe bekommen in Wirklichkeit nur einen Durchschnittsfahrpreis von 1.30 Schilling.

Bei der Bestattung wurde eine wesentliche Verbesserung der sozialen Betreuung der Bediensteten durchgeführt. Das Brauhaus, so stellt der Redner mit Befriedigung fest, hat einen Reingewinn von einer Million Schilling zu verzeichnen. Die Gewista schließt ebenfalls günstig ab.

Zu der Frage Preissteigerungen fordert der Redner die gesamte Wirtschaft auf, die Preise so "hinaufzutreiben", wie die Straßenbahn es getan hat. Die Verkehrsbetriebe halten heute beim 5.4fachen des Preises von 1937, dagegen stehen die Preise von Butter auf dem 7.5fachen, Fleisch auf dem 9fachen, ebenso Schuhe, Eier auf dem 10fachen, Erdäpfeln auf dem 13fachen, Gas Kohle auf dem 18fachen und die Löhne auf dem 6.5fachen.

Abschließend sagt der Redner, Stadtrat Nathschläger hat zum Ende seines Referates davon gesprochen, Wien zu einer Weltstadt zu machen. Er müsse mit Genugtuung feststellen, daß sich auch die ÖVP den sozialistischen Parolen angeschlossen hat. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Aber wir rechnen damit, fuhr GR. Adelpoller fort, daß die Koalition in Zukunft loyaler gestaltet wird als es in der Vergangenheit war (Beifall bei der SPÖ)

Der Vorsitzende, Gemeinderätin Helene Potetz, unterbricht die Sitzung um ungefähr 15.30 Uhr. Sie teilt mit, daß die Verhandlungen morgen Mittwoch, um 8 Uhr früh, mit dem Schlußwort von Stadtrat Dkfm. Nathschläger fortgesetzt werden.

Gemeinde Wien erhöhte Stipendien für die Gastärzte
=====

Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge und
einmalige Sonderzahlung

20. Dezember (RK) Vizebürgermeister Honay hat als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen schon im November einer Abordnung von Gastärzten die Erklärung abgegeben, daß die Gemeinde Wien den Stipendienbetrag erhöhen wird, wenn der Bund auch von der Erhöhung die Hälfte tragen wird. Stadtrat Resch hat nun am Montag vom Finanzminister diese Zusage erhalten.

Heute hat Vizebürgermeister Honay im Stadtsenat den Antrag gestellt, allen Gastärzten an den Wiener städtischen **Krankenanstalten**, einschließlich der ehemaligen **Fondskrankenanstalten**, die schon das Stipendium von 750 Schilling beziehen, sowie bei allen Neuverleihungen den Stipendienbetrag auf 1.200 Schilling zu erhöhen.

Außerdem hat er beantragt, daß die Gemeinde die Sozialversicherungsbeiträge, soweit sie nach dem ASVG von den Stipendiaten zu tragen sind, zur Gänze bezahlt.

Schließlich stellte er den Antrag, jenen Gastärzten, die gegenwärtig ein Stipendium beziehen, eine einmalige Zuwendung von 200 Schilling zu bewilligen.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen. Die erhöhten Stipendien werden ab 1. Jänner 1956 wirksam.

Vizebürgermeister Honay hat den Auftrag erteilt, die einmalige Zuwendung noch vor den Weihnachtsfeiertagen flüssig zu machen.

- - -

Wiens Dank an das österreichische Volk

=====

20. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt bei der Überreichung der Renner-Preise folgende Ansprache:

Es wird in diesem Saale niemand sein, der sich dem Eindruck der soeben gehörten Worte Dr. Karl Renners entziehen könnte. Wir haben alle in Erinnerung, wie er als Sprecher des österreichischen Volkes bei j der Gelegenheit um die Freiheit Österreichs, um den Staatsvertrag, um die Mitgliedschaft zur UNO kämpfte. Fünf Jahre nach seinem Tode ist das Ziel erreicht. Das Jahr 1955 wurde das Jahr der Erfüllung. Der Abschluß des Staatsvertrages, die Unabhängigkeit und Freiheit, der Abzug der Besatzungsmächte, die Neutralität unseres Landes und seine Mitgliedschaft zu den Vereinten Nationen ist die reiche Ernte dieses Jahres.

Trotz der kurzen Zeit haben wir aber zu diesen Ereignissen bereits eine gewisse Distanz gewonnen und sie unserem Bewußtsein einverleibt. Wir erinnern uns alle noch, mit welcher überwältigenden Freude die österreichische Regierungsdelegation bei ihrer Rückkehr aus Moskau am Freitag, dem 15. April, von den Wienern begrüßt wurde. Diese spontane Kundgebung hatte wohl auch dem größten Zweifler gezeigt, wie tief der Freiheitsgedanke in der österreichischen Bevölkerung verwurzelt ist. Es folgten dann die erwartungsreichen Tage bis zur Außenministerkonferenz und bis zur Botschafterkonferenz in Wien, die zur Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai im Schloß Belvedere führte. Wir erlebten den etappenweisen Abzug der Besatzungstruppen, das Inkrafttreten des Staatsvertrages, den Beschluß über die immerwährende Neutralität Österreichs, und vor einigen Tagen die Aufnahme unserer Republik in die Vereinten Nationen.

Die Moskauer Verhandlungen und der Abschluß unseres Staatsvertrages waren unzweifelhaft ein Zeichen einer Veränderung in der Weltpolitik, von der man hoffte, daß sich ihre Kraft beim Abschluß des österreichischen Staatsvertrages nicht erschöpfen würde. Es kam dann zu der Konferenz der Regierungshäupter in Genf und zu der vielbeachteten Atomkonferenz in Genf. Beider wurden in einer seit Jahren nicht gekannten freundschaftlichen Atmosphäre durchgeführt, so daß die größten Hoffnungen berechtigt schienen.

Man sprach vom Geist von Genf. Obwohl die nachfolgende Außenministerkonferenz die meisten Hoffnungen enttäuschte, sind wir doch davon überzeugt, daß die Lösung der österreichischen Frage zu einem Fortschritt in Europa und in der Welt geführt hat. Obwohl unserer Stimme im internationalen Konzert der Mächte nur eine bescheidene Rolle zukommt, werden wir doch unsere neue Freiheit dazu benutzen, für den Frieden und für die Völkerverständigung in der Welt zu wirken.

Die letzten zehn Jahre waren für uns ein langer, ein harter und manchenmal ein enttäuschender Weg. Österreich stand nach dem zweiten Weltkrieg vor dem Nichts und wäre verloren gewesen, wenn sich zu der katastrophalen wirtschaftlichen Lage noch unlösbare innere Krisen hinzugesellt hätten. Daß es in der Stunde der Entscheidung sein Schicksal erkannt, alle auftretenden Schwierigkeiten gemeistert und den Weg zur Freiheit gefunden hat, dankt es der Zusammenarbeit seiner Bevölkerung, die das Trennende beiseite schob und alles einem Ziele unterordnete. Das Einfühlungsvermögen und die geistige Beweglichkeit des österreichischen Volkscharakters wird oft als Schwäche ausgelegt. Besonders das Phäakentum des "Capua der Geister", wo sich am Herd stets der Bratspieß dreht, gilt als berechtigter Vorwurf. Der Verlauf der Geschichte hat aber bewiesen, daß es unserer Bevölkerung in der Stunde der Entscheidung nie an Entschlossenheit und Mut gebrach, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und die Wendung zum Besseren zu erzwingen. So war es auch nach dem totalen Zusammenbruch, der eine Folge des totalen Weltkrieges gewesen ist. Unser Volk ist in einer fast hoffnungslosen Situation nicht verzweifelt, sondern hat sich auf sich selbst besonnen und unverrossen seine Arme geregt, sodaß auf dem dunklen Horizont ein Silberstreifen erschien als Vorbote einer schöneren Zukunft und als Anzeichen dafür, daß auch uns die Sonne wieder scheinen wird.

Schon kurz nach dem Ende des Krieges war die Hoffnung verfliegen, daß Österreich in absehbarer Zeit geräumt werden würde. Es geriet vielmehr in die Zone des kalten Krieges.

Erst als sich das weltpolitische Klima änderte, konnte neue Hoffnung geschöpft werden. Daß Österreich seine Freiheit wiedererlangte, dankt es neben einer besonders günstigen weltpolitischen Entwicklung dem tapferen Widerstand fast der gesamten Bevölkerung gegenüber allen Versuchen, die Demokratie zu unterhöhlen, dankt es den einmütigen Bestrebungen der beiden Regierungsparteien, deren Führung immer wieder ihre Stimme für Österreich erhoben und durch ihre Initiative unser Vaterland vor einem Schicksal bewahrt hat, wie es andere Staaten erlitten. Die beiden Parteien haben sich immer wieder als nutige Vorkämpfer des Freiheitsgedankens erwiesen.

Die Errichtung der Dr. Karl Renner-Stiftung ist einem Gemeinwesen vom Range Wiens als einer der alten und großen Städte der Erde würdig und angemessen. Sie verfolgt nicht allein den Zweck, einem großen Österreicher im Herzen seines Volkes ein bleibendes Denkmal zu setzen, sie will vielmehr auch seinen Geist lebendig erhalten, indem sie Leistungen belohnt, die für die Gemeinschaft vollbracht werden und die dem Dasein des Einzelnen erst einen höheren Sinn geben. Sie würdigt Taten, die zur Sicherung des Friedens, der Freiheit und des Fortschrittes beitragen und die geeignet sind, das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft zu heben. Der wahre Friede besteht nicht nur darin, daß die Kanonen schweigen, sondern vielmehr darin, daß er den Menschen Glauben und Hoffnung gibt und sie von der Furcht befreit, darin, daß er die Menschen dazu bringt, gemeinsam für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Diese Frieden Hoffnung ist nicht unerfüllbar. Ihre Verwirklichung liegt in unserer Hand. Wir müssen daran festhalten, daß für unser Staatswesen eine bloße Koexistenz, ein Nebeneinander, nicht genügt. Wir brauchen ein Miteinander, und jeder, der guten Willens ist, wird dabei willkommen sein.

Die ganze Welt hat dem Kampf, den wir für unsere Freiheit führten, Anerkennung gezollt und uns der wärmsten Sympathie versichert, als wir sie schließlich erringen konnten. Es ist nicht meine Aufgabe, die Bedeutung des Staatsvertrages zu erläutern. Das haben vor mir schon Berufene getan.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß er unsere volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichert. Diese beiden Faktoren braucht ein moderner Staat zu einer gedeihlichen Entwicklung im Inneren. Daß sich diese so vollzieht, wie sie eines Kulturvolkes würdig ist, liegt in den Händen der Staatsbürger, von denen jeder Einzelne innerhalb seines Wirkungskreises Wesentliches dazu beitragen kann. Die Koalition der beiden großen Parteien als Ausdruck der allgemeinen Willensbildung stellt wohl eine schöne Verwirklichung der Idee dar, die der Renner-Stiftung zugrundeliegt. Es war ihrem geistigen Schöpfer nicht bestimmt, den Tag der Freiheit zu erleben. Sein Vermächtnis wurde aber treu bewahrt und führte schließlich dazu, daß sein Wunsch in Erfüllung ging. Wir haben die Freiheit in langen Jahren eines unfreien Zustandes schätzen gelernt und werden sie jetzt, da wir sie errungen haben, um jeden Preis zu bewahren wissen. Wir wollen sie nützen und uns heute versprechen, kein Opfer zu scheuen, um alle großen Aufgaben, die noch vor uns liegen, zu bewältigen. Wir wollen den bisherigen Weg, der uns die Freiheit gebracht hat, beibehalten und über das Tremende das Gesamtwohl stellen.

Die diesjährige Verleihung der Dr. Karl Renner-Stiftung ist der Dank der Stadt Wien dafür, daß Österreich durch sein Festhalten an der Freiheit die Demokratie gerettet hat. Die wiedererlangte Freiheit bedeutet keinen Schlußpunkt, sondern vielmehr den Beginn einer neuen Entwicklungsphase in der Geschichte Österreichs. Sie öffnet das Tor zu einer Zukunft, die umso schöner sein wird, je besser wir zusammenhalten. Wir werden der Welt immer wieder beweisen, daß das kleine Österreich große kulturelle und soziale Leistungen vollbringt und mit Vertrauen in die Zukunft blickt. Auch die Atombombe kann uns nicht dazu verleiten, an das Ende der Menschheit zu glauben.

Das Jahr 1955 ist reich an Anlässen zu besonderem Gedenken. Wir begingen heuer den zehnten Geburtstag der Zweiten Republik. Am heutigen Tage sind es zehn Jahre, daß Dr. Karl Renner von

der Nationalversammlung einstimmig zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Auch die Stiftung selbst feiert heute ihr fünfjähriges Jubiläum.

Es lag nahe, durch die Verleihung der Preise heuer jene vier Persönlichkeiten auszuzeichnen, die kraft ihres hohen Amtes vom Schicksal dazu ausersehen waren, an jenem Ereignis verdienstvoll mitzuwirken, das für die Zukunft unseres Landes entscheidende Bedeutung hat. So wird die Verleihung der Dr. Karl Renner-Stiftung an jene vier Mitglieder der österreichischen Bundesregierung zum Symbol einer staatspolitischen Idee. Sie versinnbildlicht den Dank der Bundeshauptstadt Wien an das von vier Vertretern verkörperte gesamte österreichische Volk, dessen gesunder Sinn für realpolitische Notwendigkeiten in einer entscheidenden Entwicklungsphase sich bewährt hat und dessen Widerstandskraft trügerischen ideologischen und materiellen Verlockungen nicht erlegen ist. Die heutige Veranstaltung hat die Bedeutung eines feierlichen Staatsaktes und soll in die Geschichte unseres Landes eingehen.

Als Bürgermeister von Wien, dem auf Grund des Statuts der Stiftung die ehrenvolle Aufgabe obliegt, die Preisverleihung vorzunehmen, bitte ich Sie, meine hochgeschätzten Preisträger, die Diplome mit der Beurkundung Ihrer Leistungen für unser Volk und Vaterland aus meiner Hand entgegenzunehmen. Wir versprechen uns in dieser **festlichen** Stunde, die einen Höhe- und Abschlußpunkt der im Rahmen des Staatsvertrages abgehaltenen Feierlichkeiten bildet, daß die wiedererlangte Freiheit bei uns in guter Hut bleiben wird.

- - -

Am zehnten Geburtstag der Zweiten Republik:Überreichung der Renner-Preise 1955 im Wiener Rathaus
=====

20. Dezember (RK) Ein historischer Festakt fand heute abend im Großen Festsaal des Wiener Rathauses statt: die Überreichung der Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung für das Jahr 1955 an Bundeskanzler, Vizekanzler, Außenminister und Staatssekretär. Alles was in Wien und Österreich Rang und Namen hat, war zu dem bedeutenden Anlaß erschienen. Am langgestreckten Tisch des Stadt-senates hatten Platz genommen: Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Afritsch, Bauer, Glaserer, Koci, Lakowitsch, Mandl, Dr. Migsch, Dkfm. Nath-schläger, Resch, Thaller, Magistratsdirektor Dr. Kinzl und Stadt-schulratspräsident Dr. Zechner. Ihnen gegenüber saßen Bundespräsi-dent Dr.h.c. Körner und die diesjährigen Preisträger Bundeskanzler Ing. Raab, Vizekanzler Dr. Schärf, Bundesminister für die Auswär-tigen Angelegenheiten Ing. Figl und Staatssekretär im Bundeskanzler-ant-Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky.

Unter den Ehrgästen waren ferner: Präsident des National-rates Dr. Hurdes, Bundesminister für Inneres Helmer, Bundesmini-ster für Soziale Verwaltung Maisel, Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunner, Bundesminister für Finanzen Prof.Dr. Kamitz, Bundesminister für Justiz Dr. Kapfer, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Thoma, Vorsitzender des Bundesrates Frisch, Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres Graf, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Bock, Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wieder-aufbau Dr. Fischer, Bundesrat Flöttl, Landeshauptmann Ökonomierat Steinböck, Präsident des Wiener Landtages Marek, Erzbischof Dr. Jachym.

Das Diplomatische Korps mit dem Apostolischen Nuntius Erz-bischof Dellepiane an der Spitze war durch die Botschafter, Ge-sandten und Geschäftsträger folgender Staaten vertreten: Ägypten, Belgien, Brasilien, Frankreich, Griechenland, Groß-Britannien, Holland, Indien, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Norwegen, Polen, Schweden, Tschechoslowakei, Türkei,

Ungarn, Vereinigte Staaten.

Außerdem waren bei dem Festakt anwesend: Bischof Dr. May, Bischof-Stellvertreter Bernauer, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Dr. Maurer, Polizeipräsident Holaubek, Präsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Dr. Kink, Präsident der Landwirtschaftskammer für Niederösterreich und Wien Nationalrat Strommer, Präsident der Ärztekammer Dr. Eberle, Präsident der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland Arch.Ing. Lust, Rektor der Universität Univ.Prof.Dr. Jellouschek, Rektor der Hochschule für Welthandel Prof.DDr.h.c. Oberleithner, Rektor der Tierärztlichen Hochschule Prof.Dr. Gratzl, ferner die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und des Wiener Gemeinderates, die Wiener Bezirksvorsteher, Fürsorgeamtsvorstände, die bisherigen Preisträger sowie hohe Beamte des Bundeskanzleramtes, des Wiener Magistrates, Vertreter der Volkshochschulen und je drei Schüler von jeder Wiener Schule.

Der Große Festsaal präsentierte sich, dem feierlichen Anlaß entsprechend, in seiner ganzen Pracht und Schönheit. Die 16 grossen Luster spendeten festliches Licht. Blumenschalen schwebten zwischen den Spitzbögen im Wandelgang von der Decke herab. Palmen umsäumten die mit einem dunkelroten Vorhang verdeckte Turmnische, vor der die Mitglieder des Stadtsenates saßen. Palmen und Blattgrün schmückten auch die beiden Breitseiten des Saales, an dessen nördlichem Ende die Wiener Symphoniker Platz nahmen. Kurz vor 17.30 Uhr betraten die Renner-Preisträger, geleitet von den beiden Vizebürgermeistern Honay und Weinberger, Stadtrat Mandl und Stadtrat Afritsch den Saal. Ihnen folgten die Mitglieder des Stadtsenates, die die Mitglieder der Bundesregierung führten. Bei den ersten Takten der Bundeshymne, die die Wiener Symphoniker unter Prof. Swarowsky intonierten, betrat an der Seite des Bürgermeisters Bundespräsident Dr.h.c. Körner den Saal. Die Festgäste erhoben sich von den Plätzen.

./.

Die Stimme Dr. Renners erklingt

Mit der Ouvertüre zu "Rienzi" von Richard Wagner wurde der Festakt eingeleitet. Dann schritt Stadtrat Mandl zum Rednerpult und führte aus:

"Der Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien hat aus Anlaß des 80. Geburtstages unseres verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner in seiner Sitzung am 26. Jänner 1951 beschlossen, eine Dr. Karl Renner-Stiftung zu errichten, die mit einem Geldbetrag von 100.000 Schilling dotiert und alljährlich am 14. Dezember durch den Herrn Bürgermeister verliehen wird.

In den Genuß der Stiftung können Personen oder Personengemeinschaften treten, die - so heißt es im Statut der Stiftung wörtlich - durch ihr Wirken oder ihr Urteil zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beigetragen haben;

durch Förderung fruchtbarer Ideen, die der Sicherung der Republik Österreich und ihrer ideellen und realen Grundlagen, dem Frieden, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dienen;

durch Forschertätigkeit oder durch sonstige Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien erhöhen;

durch beispielgebende Leistungen das Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der demokratischen Gemeinschaft gehoben haben.

Die Auswahl der Preisträger wird durch ein Kuratorium vorgenommen, das unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters tagt und dem die beiden Herren Vizebürgermeister, der Amtsführende Stadtrat für Kultur und Volksbildung und sechs Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Volksbildung angehören.

Dieses Kuratorium hat nun in seiner Sitzung vom 1. Dezember mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, als Preisträger für das Jahr 1955 die Herren: Bundeskanzler Ing.Dr.h.c. Julius Raab, Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, Außenminister Ing.DDr.h.c. Leopold Figl und Staatssekretär Dr. Bruno Kreisky vorzuschlagen.

Damit sollte gerade am Ende dieses Jahres noch einmal jenen

vier Männern, deren schwerste Verhandlungen in Moskau letzten Endes zum Abschluß des Staatsvertrages am 15. Mai dieses Jahres führten, der sichtbare Dank der Bundeshauptstadt zum Ausdruck gebracht werden.

Der Herr Bürgermeister hat, in Erfüllung der ihm durch die Statuten auferlegten Verpflichtung, mit EntschlieÙung vom 9. Dezember diesem Antrag zugestimmt und wir haben uns heute in diesem festlichen Raume zusammengefunden, um der feierlichen Übergabe der Preise beizuwohnen.

In den diesjährigen Preisträgern steht symbolisch die gesamte Bevölkerung Österreichs vor uns, deren Wille die vier Männer zu ihrem hohen Amte berufen hat und deren politischer Reife und menschlicher **Bewährung** es in erster Linie zu danken ist, daß unsere Heimat die lang entbehrte Freiheit wieder erringen konnte.

Die vier Persönlichkeiten, deren im Geiste Dr. Karl Renners vollbrachtes Wirken heute ausgezeichnet werden soll, repräsentieren ihrer Herkunft nach das ganze Volk. Durch sie werden Stadt und Land, der Arbeiter- und Bauernstand, die Beamten-schaft, die Wirtschaft und die Industrie vertreten."

Hierauf würdigte Stadtrat Mandl Verdienste und Lebensarbeit der Preisträger. Bundeskanzler Raab bezeichnete er als den Typus des klugen, weitblickenden, jede Chance kühn berechnenden Realpolitikers. Vizekanzler Dr. Schärf hat sich in allen politischen Fragen als objektiv denkender Fachmann bewährt und ist stets zu einer Politik der Verständigung bereit. Minister Ing. Figl hatte als Regierungschef die schwere Aufgabe, das Staatsschiff durch die Fährnisse der Nachkriegszeit hindurchzusteuern. Sein Instinkt und seine Improvisationskunst waren ihm dabei sehr nützlich. Er erfreut sich besonders im Ausland großer Popularität. Staatssekretär Dr. Kreisky ist der Repräsentant der jungen Generation. Seine Fähigkeit, auch verworrene Situationen zu klären und zu meistern, seine weitreichenden internationalen Beziehungen, machen ihn zu einem wertvollen Mitarbeiter bei der Lösung außenpolitischer Probleme.

Jeder der vier Preisträger war ein entschiedener Gegner der nationalsozialistischen Diktatur und hat seinem Vaterland zuliebe Existenz, Freiheit und Leben aufs Spiel gesetzt. Jeder von ihnen trug durch persönliche Opfer dazu bei, den Gedanken an Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit wach zuhalten. Ing. Raab wurde von 1938 bis 1945 die Tätigkeit im eigenen Betrieb untersagt. Er mußte in einer Wiener Straßenbaufirma als Angestellter arbeiten und es war seiner Haltung und Initiative zu danken, daß dieser Betrieb zu einem Zufluchtsort für viele rassisch und politisch Verfolgte wurde. Unter ihnen befand sich auch Ing. Leopold Figl.

Dr. Schärf wurde während der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zweimal in Haft genommen, konnte aber dann seine Anwaltstätigkeit unter schärfster Kontrolle durch die Gestapo fortsetzen, die ihm schließlich jede Betätigung als Anwalt in politischen Angelegenheiten untersagte. Während all dieser Jahre hielt er dauernden Kontakt mit seinen Gesinnungsgenossen und wurde zu einem Zentrum der sozialistischen Widerstandsbewegung. Seine Gesinnungstreue, sein Mut und seine Kaltblütigkeit ließen ihn auch diese schwere Zeit überstehen, im Dienste der Idee, der er sich verschrieben hatte.

Ing. Leopold Figl wurde im März 1938 als einer der hartnäckigsten Gegner des Nationalsozialismus sofort verhaftet und mit dem ersten Transport nach Dachau gebracht, von wo er durch 5½ Jahre von einem KZ in das andere verschleppt wurde. Nur die Kameradschaft und Opferbereitschaft seiner Schicksalsgefährten aus den Lagern aller Parteien retteten ihn in diese Zeit vor dem Tode. Nach seiner Entlassung aus der Haft fand er - wie gesagt - als Bauingenieur Arbeit. Am 10. Oktober 1944 wurde er neuerlich von der Gestapo verhaftet und des Hochverrates angeklagt. Im Sommer 1945 hätte ihm der Hochverratsprozeß gemacht werden sollen. Drei Stunden vor seiner neuerlichen Verschleppung erlangte er am 6. April 1945 durch den Einmarsch der russischen Armee seine Freiheit.

Dr. Kreisky wurde 1938 durch die Gestapo verhaftet und nach seiner Freilassung dauernd des Landes verwiesen. Er nützte aber jede sich bietende Gelegenheit, seinem Vaterland zu helfen und alle seine Landsleute, die sich als Gegner Hitlers bekannten, in

Schutz zu nehmen.

So hat jeder der vier Preisträger in den Jahren der Knechtschaft unseres Landes sein Teil Opfer auf sich genommen, in dem Bewußtsein, daß auch diese schwere Zeiten ein Ende finden würden.

Nach langem Warten hat unsere Republik nun ihre volle Souveränität wieder erlangt, die ihr so lange vorenthalten worden war. Wir sind einer politischen und wirtschaftlichen Bevormundung ledig geworden, einer Bevormundung, die eines Kulturvolkes vom Range Österreichs unwürdig war. Das österreichische Volk hat hierbei Mut, Ausdauer und Geduld bewiesen. Es hat sich auch durch die schwersten Eingriffe der Besatzungsmächte nicht von seinem geraden Weg abbringen lassen und unbeirrbar an seinem Ziele festgehalten, die Freiheit zu erringen. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages war daher für uns alle ein Augenblick höchster historischer Bedeutung, an dem das ganze österreichische Volk bewegten Anteil nahm. War es doch wahrlich ein harter und dornenvoller Weg, voller Hoffnungen und voll von tiefen Enttäuschungen. Wenn auch schon die Moskauer Deklaration 1943 die Wiedererrichtung eines freien und unabhängigen Österreichs garantierte, und schon 1946 auf der Pariser Friedenskonferenz die Frage des österreichischen Staatsvertrages erörtert wurde, so zogen sich die Konferenzen, Verhandlungen und Beratungen fast neun Jahre hin, ehe zwischen den Großmächten und unseren Vertretern in allen wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt werden konnte. Wieviel Kommissionen und Ausschüsse wurden eingesetzt, wieviele Sitzungen der Sonderbeauftragten fanden statt, wie oft kam es zum Abbruch der Verhandlungen und zur Wiederaufnahme langwieriger Debatten, die gleichfalls ergebnislos blieben, bis dann die Berliner Außenministerkonferenz 1954 als verheißungsvoller Auftakt den Beginn einer Entwicklung andeutete, die mit der Einladung nach Moskau schließlich zum vollen Erfolg führte.

e/c

Lang und beschwerlich war auch der Leidensweg unseres Volkes und umso größer war die Freude und der Jubel, als in den Frühlingstagen 1955 der feierliche Staatsakt im Schloß Belvedere, dem zahlreiche Befreiungsfeiern im ganzen Lande folgten, der Welt verkündete, daß nun auch uns wieder das Tor zu einer glücklicheren Zukunft offen stand.

Stadtrat Mandl erwähnte dann jenen Mann, der diesen Tag am heißesten herbeigesehnt, der es wohl am meisten verdient hätte, ihn miterleben zu können: Dr. Karl Renner. Mit Erschütterung hörte die festliche Versammlung die Stimme des verstorbenen Bundespräsidenten durch den Lautsprecher erklingen. Zum Jahreswechsel 1949/50 sprach er:

"Niemals hätte ich mir träumen lassen, daß nach der Einsetzung der provisorischen Regierung im Jahre 1945 fünf Neujahrstage vergehen werden, ohne daß Österreich gleichberechtigt in die Familie der Staaten aufgenommen wird. Bei der Erinnerung an diese meine damaligen Vorstellungen überkommt mich Wehmut, Schmerz und - um es nur offen zu sagen - berechtigter Zorn. Jeder Österreicher empfindet: Wir wollen allein sein, also laßt uns allein! Wir warten noch immer auf den Staatsvertrag. Dieser österreichische Staatsvertrag ist für uns Österreicher ein erwünschtes Ziel, eine absolute Nowendigkeit. Aber es ist mehr, es ist für Europa und für die Welt ein Vorzeichen, eine ersehnte Friedensbotschaft."

Und ein Jahr später, fuhr Stadtrat Mandl fort, schon im Schatten des Todes, sprach er, uns gleichsam sein Vermächtnis übergebend, zum Jahresende 1950/51 (und wieder erklingt die Stimme Dr. Renners):

"In einem Augenblick, wo Kontinente gegeneinanderstehen, mag ein kleines Staatswesen, wie das unsere, schwer Gehör finden. Seit einem halben Jahrzehnt steht es vor den Toren der Vereinten Nationen und bittet um Aufnahme, seit einem halben Jahrzehnt bittet es um Beendigung der vierfachen Besatzung und Erfüllung der feierlichen Zusagen unserer völligen Befreiung. Liebe Mitbürger! Ich durfte es mir nicht ersparen, an diesem Tag, an dem jeder in festlich-optimistischer Stimmung das Neue Jahr begrüßt, zunächst von den ernstesten Sorgen des alten Jahres auszugehen. ./. "

Aber wir Österreicher lassen uns nimmermehr entmutigen: Wer gleichsam von den Toten auferstanden - und das ist unsere Republik - wer, wie unser Volk, aus den Ruinen des "letzten" Weltkrieges sich in so erstaunlicher Weise herausgearbeitet hat, der glaubt an das Leben, vertraut auf die Zukunft und hegt vor allem die Zuversicht, daß die Menschheit aus dem zeitlichen Wirrsal den Ausweg zu einem gerechten und darum dauernden Frieden finden wird. Darum Österreicher,, mit neuem Mut und mit froher Zuversicht wieder an die Arbeit: denn unser ist Recht und Vernunft."

Recht und Vernunft haben gesiegt, fuhr Stadtrat Mandl fort. Dr. Renner hat diese Worte nicht vergeblich gesprochen. Sein Appell ist nicht wirkungslos verhallt. Die diesjährige Verleihung der Dr. Karl Renner-Stiftung entspricht dem Geiste, in dem sie errichtet wurde. Sie ehrt in seinen Repräsentanten das ganze österreichische Volk, dessen aufopfernder Hingabe an die unabdingbaren Menschenrechte die ganze Welt Achtung zollt und für dessen ewige Sendung Anton Wildgans die schönen Worte fand:

"Unendlich ist, was dieses Volk gelitten,
Erniedrigung, Verfolgung, Hunger, Leid
und trug es stark und trugs mit sanftem Bitten,
in Stolz und Demut seiner Menschlichkeit."

Hierauf spricht Bürgermeister Jonas. ("Rathaus-Korrespondenz", Blatt 2414 bis 2418.)

Als der Bürgermeister geendigt hatte, begab er sich zu dem kleinen Tischchen auf dem die Diplome lagen und das vor den Preisträgern aufgestellt war. Unter dem stürmischen Beifall der Ehrengäste, die sich von ihren Sitzen erhoben, überreichte der Bürgermeister, assistiert von Stadtrat Mandl, das erste Diplom an Bundeskanzler Ing. Kaab, dann an Vizekanzler Dr. Schärf, Außenminister Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky. Als erster gratulierte Bundespräsident Dr.h.c. Körner.

Gemeinsame Liebe zu Österreich

Den Dank der Preisträger stattete Bundeskanzler Ing. Raab ab. Er führte aus:

"Gestatten Sie zunächst, daß ich für meine drei Regierungskollegen und im eigenen Namen meinen aufrichtigen Dank für die Zuerkennung des Renner-Preises 1955 zum Ausdruck bringe. Ich spreche hier ebenfalls im Namen meiner Kollegen, wenn ich feststelle, daß wir die Überzeugung besitzen, wir dürfen diese Auszeichnung nicht für uns ad personam in Anspruch nehmen. Mit dieser heutigen Feier wird das ganze österreichische Volk geehrt und wir als seine Repräsentanten haben die Ehre, ausersesehen zu sein, diesen Preis in Empfang zu nehmen.

Das Jahr 1955 hat dem österreichischen Volk den Lohn für seine tapfere, nicht zu erschütternde Haltung gebracht, den Lohn für Opfermut und Fleiß, mit welchem es seinen Wiederaufbau bewerkstelligt hat. Ich wünschte, der große Staatsmann, dem zu Ehren dieser Preis gestiftet wurde und dessen Namen er trägt, hätte den 15. Mai des heurigen Jahres erleben können. Ihm, dessen ganze Sorge der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes galt, hätte dieser Tag die Krönung seines Lebenswerkes bedeutet. Wir haben die Arbeit, die er unter den schwierigsten Verhältnissen im Jahre 1945 begonnen hat, nach bestem Wissen und Gewissen fortgesetzt. Wir haben getrachtet, es ihm gleichzutun in unserer Liebe zu unserer Heimat, wir haben ihm nachgeeeifert in seiner Unermüdlichkeit, in seiner Unverdrossenheit, stets neue Ideen, neue Wege zur Erreichung des einen großen Zieles zu finden.

Ich will keineswegs so unbescheiden sein und behaupten, es sei allein unserer Arbeit zu verdanken, daß der Wunschtraum der Österreicher heuer in Erfüllung ging. Die tapfere und mutige Haltung des österreichischen Volkes, aber auch ein zielbewußtes Ausnützen einer gegebenen Situation, das waren jene Voraussetzungen, die den Abschluß des Staatsvertrages ermöglicht haben.

Es ist mir ein Bedürfnis, gerade heute und an dieser Stelle jenes Stabes unserer österreichischen Mitarbeiter zu gedenken, die mit unvorstellbarem Fleiß, mit hervorragender Sachkenntnis und großem Geschick in all den Jahren die Angelegenheiten des Staatsvertrages bearbeitet und entscheidungsreif gemacht haben. ./

Wir konnten wohl vorbereitet mit einem Material, das die komplizierte Materie des Staatsvertrages bis ins kleinste Detail durchgearbeitet hatte, in die Verhandlungen eintreten. Wie das Ergebnis dieser Arbeit zu werten ist, darüber wird einmal die Geschichte entscheiden. Eines aber kann ich heute schon feststellen: Alle, die an den Vorarbeiten und der Durchführung beteiligt waren, alle, welche an dem komplizierten Räderwerk der Staatsvertragsmaschinerie mitwirkten, haben ihr Bestes geleistet, haben ihre Pflicht, Österreich treu zu dienen, voll erfüllt. Nach bestem Wissen und Gewissen wurde in sorgfältigster Arbeit Satz für Satz durchgearbeitet und versucht, aus jeder Bestimmung das Beste für Österreich herauszuholen. Diese Arbeit in einer solchen Weise durchzuführen, war für uns bloß - ich wiederhole dies - eine heilige Pflicht. Wir haben uns dem österreichischen Volk gegenüber, das durch ein Jahrzehnt eine so bewundernswerte Haltung an den Tag gelegt hat, zu einem solchen Verhalten verpflichtet gefühlt.

Die vier Regierungsmitglieder, die heute durch die Überreichung des Renner-Preises geehrt wurden, kommen aus verschiedenen Lagern. Ihre Herkunft ist ebenso verschieden wie auf manchen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ihre Ansichten. Aber doch eint uns ein gemeinsames Band. Dieses Band ist die Liebe zu Österreich. Das Gelöbnis, das wir bei unserem Amtsantritt abgelegt haben, war für uns nicht eine bloße Ableistung einer Formalität. Wir betrachten unser Amt als einen Auftrag unserer Mitbürger, als ein Amt, das wir nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen haben. Die Ziele sind uns bei aller Verschiedenheit der Anschauungen doch gemeinsam. Jeder von uns will Frieden und Freiheit für sein Vaterland sichern und mitwirken, die Menschen, die hier in unserem schönen Heimatland leben, glücklich und zufrieden zu machen.

Die Aufgabe des Politikers und Staatsmannes war zu allen Zeiten und in allen Ländern eine heikle und meist undankbare. Seine Aufgabe ist es, die Interessen und Wünsche aller Bevölkerungsgruppen sorgfältig abzuwägen und einen Weg zu suchen, der einem möglichst weiten Kreis Befriedigung und Erfüllung sichert.

Keiner aber vermag die Wünsche aller zu erfüllen; auch der Politiker ist nur ein Mensch und ebenso seine Ratgeber. Das Suchen nach der richtigen Entscheidung, der Wille zu gerechtem Handeln liegt im Wesen des Menschen nahe beim Irren. Meiner Ansicht nach hat der Politiker die Pflicht, das Beste zu wollen und unter Einhaltung dieses Vorsatzes seinen Weg zu gehen.

Er wird auf die Dauer aber nur dann Positives leisten und Erfolg haben, wenn er das allgemeine Wohl zuerst im Auge hat und die Angelegenheiten des Staates über die Parteiinteressen stellt. Eine weitere Forderung, die die Öffentlichkeit mit Recht an ihre Repräsentanten stellt, ist das Verlangen, daß diese ihre Ansichten frei, offen und wahrhaftig bekennen und darnach handeln. Die Zeit, da man - sei es in der Innen-, sei es in der Außenpolitik - mit Winkelzügen und Verschleierungen arbeiten konnte, ist vorüber. Die ehrliche und aufrechte Haltung wird sowohl in den internationalen Beziehungen wie auch im innenpolitischen Handeln sich immer wieder durchsetzen.

So hat sich auch die Haltung des Österreichers in den letzten zehn Jahren letztlich doch voll bewährt. Wir haben unsere Meinung freimütig vertreten, wir haben das gelobt, was zu loben war, wir haben aber ebenso ehrlich unsere Kritik dort geübt, wo es notwendig war und wir erwarben uns damit die Achtung der Großmächte und auch das Vertrauen unserer Nachbarn.

Wenn wir vor wenigen Tagen die Aufnahme in die Vereinten Nationen mit Freude und Genugtuung zur Kenntnis nehmen konnten, so konnten wir auch feststellen, daß auch die übrigen Völker gerade über die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen sehr erfreut waren. Sie erwarten von uns einen positiven Beitrag zur Sicherung des Friedens und zur Herbeiführung einer echten Völkerverständigung. Österreich kann nummehr bei der Formung der Weltpolitik seine Stimme erheben und mitwirken. Es ist nun einmal die Eigenschaft des Österreichers, vermittelnd und ausgleichend zu wirken. Es wird daher eine solche für die Verständigung eintretende Stimme in der Versammlung aller Nationen besonderes Gewicht haben.

Das Jahr 1955 war aber nicht nur auf außenpolitischem Gebiet ein Jahr, das und die Erfüllung zweier Herzenswünsche, nämlich die Freiheit und die Aufnahme in die Vereinten Nationen brachte, es war auch ein Jahr stolzer kultureller Erfolge. Mit der Wiedereröffnung der beiden Staatstheater und dem Einzug der Spanischen Reitschule in ihr traditionelles Heim hat das österreichische Volk der Welt bewiesen, daß es gewillt ist, den ererbten Kulturbesitz zu pflegen und zu mehren.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat das österreichische Volk heuer sehr erfolgreich gearbeitet. Das Anhalten der Konjunktur drückte sich in einer Vollbeschäftigung aus und die Zahl der Menschen, die heuer Brot und Arbeit finden konnten, war größer denn je. Unsere Aufgabe ist es nun, diesen hohen Grad der Vollbeschäftigung auch für die Zukunft zu sichern.

Auf sozialpolitischem Gebiet wurde eine Reihe wichtiger Gesetze verabschiedet, darunter das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das ich als Großtat der österreichischen Gesetzgebung bezeichnen möchte. Diese legislativen Maßnahmen haben vor allem den Arbeitern und Angestellten die Sicherung ihres Lebensabend gegeben und sie von der Sorge um ihr Alter befreit.

Das Jahr 1955 war ein Jahr des Erfolges, ein Jahr der Ernte. Und wenn heute vier Repräsentanten dieses Volkes mit der Überreichung des Preises geehrt werden, so gebührt dieser Preis dem gesamten österreichischen Volk, das durch seine Arbeit, durch seine Haltung durch 10 Jahre hindurch, diesen Erfolg und diese reiche Ernte ermöglicht hat."

Mit der Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven fand der denkwürdige Abend im Wiener Rathaus seinen Abschluß. Im Anschluß an den offiziellen Festakt waren die Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung 1955 Gäste des Bürgermeisters in den Repräsentationsräumen.

Schweinehauptmarkt vom 20. Dezember

=====

20. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland 7.486, Ungarn 471.
Gesamtauftrieb 7.957. Verkauft wurde alles. Auslandsschlacht-
hof Wien: 50 Schweine aus Rumänien, 240 aus Ungarn.

Preise: Extrem 13.90 bis 14 S, 1. Qualität 13.40 bis
13.80 S, 2. Qualität 13 bis 13.40 S, 3. Qualität 11.80 bis
12.90 S, Zuchten 11 bis 12 S, Altschneider 10.50 bis 11 S.
Ungarische Schweine 12.70 bis 13.30 S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten die Schweine
gegenüber der Vorwoche behauptet.

- - -